Die „Gerechtigkeitslücken" können auch ökonomische Effizienzlücken werden

– Zur Entwicklung der Einkommensverteilung 1993 und den Vorjahren –

Von Claus Schäfer*)

1. Vorbemerkung

Umverteilen, Rückverteilen und Neuverteilen wird in den nächsten Jahren explizit oder implizit die deutsche Politik bestimmen. Solche Verteilungspolitik wird erfolgen teils „freiwillig" aufgrund politischer Konzepte bzw. Programme – bei aller Unklarheit und auch Widersprüchlichkeit als „Konsolidieren" und „Entlasten" oder „Stabilisieren", „Modernisieren" und „Umbauen" –, teils „erzwungen" durch Bestimmungen des *Maastrichter*-Vertrages oder durch das *Bundesverfassungsgericht (BVG)*. Dahingestellt ist, wieweit sich die Politik überhaupt zwingen lassen muß, oder auch wie sehr sie außenpolitische oder juristische „Zwänge" als Deckung für ihre eigenen Ziele nutzen will. Offensichtlich z. B. ist, daß *Maastricht* als Rechtfertigung für Konsolidieren – genauer: für Einsparungen bei Staatsausgaben und darunter auch für Einschnitte in soziale Leistungen – in Anspruch genommen werden kann (es sei denn, die *Maastrichter*-Verträge werden 1996 entscheidend revidiert). Offenkundig ist z. B. auch, daß ein erwartetes Urteil des *BVG* über die Verfassungswidrigkeit der Einheitswertbesteuerung willkommene Gelegenheit für die Politik bietet, die ab 1996 anstehenden Belastungen eines anderen *BVG*-Urteils – zur Steuerbefreiung des Existenzminimums – wenigstens teilweise zu kompensieren, zumal *nur* Erhöhungen der einheitswertabhängigen Steuern die Verfassungswidrigkeit reparieren können (auch wenn bisher die großen Parteien solche Überlegungen von sich weisen).

Tatsächlich geht es bei den anstehenden Verteilungsmaßnahmen um große und sehr große Finanzvolumina mit sicher erheblichen Folgen für Adressaten und Finanziers, Belastete und Begünstigte. Allein ein neuer Einkommensteuertarif wegen des oben erwähnten *BVG*-Urteils kostet ceteris paribus an entgangenen Steuern bis zu 60 Mrd. DM jährlich. Im Rahmen einer anstehenden Reform des Familienlastenausgleichs steht das bisherige Ehegattensplitting mit ca. 45 Mrd. DM an aktuellem Steuerentgang zur Diskussion, weil es mit seinen Steuervorteilen nur auf die reine Eheschließung vor dem Gesetz abhebt und das Vorhandensein oder Aufziehen von Kindern völlig unberücksichtigt läßt. Erneute Steuerentlastungen zugunsten der Unternehmen bis zur Höhe von 30 Mrd. DM werden ebenfalls gefordert. Und weitere Forderungen lassen nicht sehr viel niedrigere Dimensionen erahnen, obwohl sie bisher lediglich qualifiziert sind: Einführung von Bereichen mit Niedriglohn- oder Einstiegstarifen, Einschnitte in die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe usw. Teilweise werden zwar solche Dimensionen und ihre Auswirkungen immer noch beschwichtigend oder schönfärberisch dargestellt; z. B. steht die Vokabel „mehr Lohndifferenzierung" häufig sinngemäß für „Lohnsenkung". Aber die politische Bereitschaft zur offenen Rechtfertigung verteilungspolitischer Maßnahmen nimmt zu. Allerdings ist sie auf Seiten derer, die (eine weitere) Umverteilung „von unten nach oben" fordern, weitaus ausgeprägter und zielsicherer: „Mut . . . zu mehr amerikanischen Verhältnissen" fordert z. B. die Arbeitgeberseite[1]). Dagegen sind die politischen Forderungen zur Umverteilung „von oben nach unten" relativ zaghaft und bisher ohne konkretes Leitbild; z. B. plädiert die *SPD* bei den Unternehmensteuern für eine eher aufkommenneutrale Reform und agiert selbst im Zusammenhang mit der offenkundig problematischen Vermögensbesteuerung recht vorsichtig.

Es darf jedoch bezweifelt werden, ob diese Schieflage zwischen lauten und leisen verteilungspolitischen Tönen korrespondiert mit dem empirischen Stand der Einkommensverteilung und darin etwa nachweisbaren kleinen Umverteilungspotentialen „nach oben" und großen „nach unten". Deshalb kann eine stärkere empirisch geprägte Verteilungsdebatte für eine rationalere Politik nur hilfreich sein. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß die erwähnte Schieflage bei der Lautstärke unabhängig von der Empirie auf eine unausgesprochene Gemeinsamkeit der lauten und leisen Töne zurückzuführen ist, die im weitesten Sinn einen vermeintlichen Konflikt zwischen (sozialer) Verteilungsgerechtigkeit und (ökonomischer) Effizienz sieht oder anders ausgedrückt: manche „Gerechtigkeitslücken" zur Vermeidung von „Effizienzlücken" in Kauf nimmt. Aber auch der an Gültigkeit eines solchen Konflikts – insbesondere an einem Trade-off („mehr Effizienz durch mehr Ungerechtigkeit" und vice versa) – sind erhebliche Zweifel angebracht. Die notwendige Debatte dazu steht jedoch anscheinend erst am Anfang.

Gliederung

1. Vorbemerkung
2. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung von Gewinn- und Arbeitseinkommen
3. Individuelle Arbeitseinkommen von Vollzeitbeschäftigten
4. Haushaltseinkommen sozialer Gruppen
5. „Gerechtigkeitslücken": Moralisch, sozial und politisch bedenklich . . .?
6. . . . aber notwendig für die ökonomische Effizienz?

*) Dipl.-Volkswirt, Wissenschaftlicher Referent im WSI, Düsseldorf. Für einige verteilungsstatistische Berechnungen danke ich meiner Kollegin *Ingrid Krippes*.

[1]) *Blasum, E.*, Amerikanische Verhältnisse?, in: Arbeitgeber 18/1994, S. 600; das Fragezeichen der Überschrift wird zum Ende des Beitrags wie wörtlich zitiert durch ein Ausrufungszeichen ersetzt.

2. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung von Gewinn- und Arbeitseinkommen

2.1 Gewinneinkommen

In den großen bzw. groben Verteilungsaggregaten schlägt sich scheinbar erwartungsgemäß das nieder, was in der öffentlichen Meinung als ökonomische Krise und ihre unausweichlichen Begleiterscheinungen angesehen wird: Die sogenannten Residualeinkommen, die vermeintlich direkt mit ökonomischen Aktivitäten gekoppelt sind, gehen im letzten Jahr absolut zurück (brutto wie netto; s. *Tabelle 2*). Aber schon beim näheren statistischen Hinsehen entsteht ein ganz anderer, entgegengesetzter Eindruck, der so gar nicht zur verbreiteten Klage passen will. Dies trifft zumindest auf den Kern der Ökonomie: die Unternehmen, insbesondere die Produktionsunternehmen, und ihre Gewinne zu.

Tabelle 1

Bruttolohnquote und Arbeitnehmerquote 1960 bis 1994

– alte Bundesländer –

Jahr	Tatsächliche Bruttolohnquote[1])	Arbeitnehmerquote[2])		Strukturbereinigte Bruttolohnquote[3])
	vH	vH	1970 = 100	vH
1960	60,1	77,2	92,5	65,0
1965	65,3	80,9	97,0	67,3
1970	68,0	83,4	100,0	68,0
1975	74,1	86,0	103,2	71,9
1980	75,8	88,3	105,9	71,6
1981	76,8	88,4	106,0	72,4
1982	76,9	88,5	106,0	72,5
1983	74,6	88,4	106,0	70,4
1984	73,4	88,5	106,1	69,2
1985	73,0	88,6	106,2	68,7
1986	72,1	88,7	106,3	67,8
1987	72,6	88,9	106,6	68,1
1988	71,5	89,0	106,7	67,0
1989	70,3	89,2	106,9	65,8
1990	69,6	89,4	107,2	64,9
1991[4])	69,6	89,5	107,3	64,9
1992[4])	70,7	89,5	107,3	65,9
1993[4])	72,1	89,3	107,1	67,3
1994 1. Hj.	68,8	89,2	107,0	64,3

1) Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen. – 2) Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen (Inländer). – 3) Bereinigt vom Einfluß, der sich aus der Änderung der Beschäftigtenstruktur ergibt. Die Arbeitnehmerquote des Jahres 1970 (83,4 vH) wird über alle Jahre hinweg konstant gehalten. – 4) Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen). – Berechnungen des WSI.

Tabelle 2

Gesamtwirtschaftliches Brutto- und Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
(ohne Staat)

– alte Bundesländer –

Jahr	Bruttoeinkommen		Nettoeinkommen	
	Mrd. DM	Veränderung (vH)	Mrd. DM	Veränderung (vH)
1980	287,50	x	226,53	x
1981	288,54	+ 0,4	229,16	+ 1,2
1982	294,08	+ 1,9	235,50	+ 2,8
1983	344,02	+17,0	284,96	+21,0
1984	379,51	+10,3	316,89	+11,2
1985	400,89	+ 5,6	329,65	+ 4,0
1986	441,36	+10,1	367,80	+11,6
1987	456,04	+ 3,3	386,74	+ 5,1
1988	506,08	+11,0	430,22	+11,2
1989	545,22	+ 7,7	455,31	+ 5,8
1990	603,78	+10,7	522,86	+14,8
1991	645,38	+ 6,9	553,39	+ 5,8
1992	650,49	+ 0,8	556,24	+ 0,5
1993	625,68	– 3,9	534,83	– 3,8

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen). – Berechnungen des WSI.

Die Gewinne der *Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit*, die als guter Indikator für alle Unternehmensformen gelten können, sind auch 1993 brutto um 4,2 vH und netto noch stärker, um 6,0 vH, gestiegen (s. *Tabelle 3*). Gleichzeitig ergibt die übliche Revision der Daten in den *Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR)* für die vorausgehenden Jahre, daß die Entwicklung dieser Unternehmensgewinne seit 1989 bis 1992 brutto um fast zweieinhalb Prozentpunkte und netto sogar um fast viereinhalb Prozentpunkte heraufgesetzt werden muß, also noch einmal deutlich besser gelaufen ist, als es die früheren Daten erkennen ließen. Dieselbe Revision zeigt, daß auch die Belastung dieser Unternehmen mit direkten Steuern trotz ihrer allgemein sinkenden Tendenz in den letzten Jahren immer noch *über*schätzt wurde: Schon 1992 – so die revidierten Daten – sank sie unter 20 vH (genau 19,7 vH) und erreichte 1993 mit 18,3 vH einen außerordentlich niedrigen Stand. Trotzdem sind am 1. 1. 1994 weitere steuerliche Entlastungen im Unternehmensbereich bzw. für gewerbliche Gewinne in Kraft getreten[2]), die nach den vorliegenden Prognosen für 1994 einen weiteren und diesmal besonders großen Entlastungsschub bewirken werden. Nach Angaben z. B. des *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)* sind im bisherigen Jahresverlauf 1994 die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer um ein Viertel und aus der Körperschaftsteuer sogar um ein Drittel gesunken[3]).

[2]) Senkung des (Spitzen-)Steuersatzes bei der Körperschaftsteuer für einbehaltene Gewinne von 50 auf 45 vH, bei der Einkommensteuer für gewerbliche Einkünfte von 53 auf 47 vH.

[3]) Vgl. *Teichmann, D., Vesper, D.*, Öffentliche Haushalte 1994/95: trotz Ausgabekürzungen und Steuererhöhungen weiterhin hohe Finanzierungsdefizite, in: DIW-Wochenbericht 36/1994, S. 627 ff., hier S. 631.

Tabelle 3

Unternehmensgewinne und direkte Steuern[1]) der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit

– alte Bundesländer –

Jahr	Brutto-Unternehmensgewinne		Direkte Steuern	Netto-Unternehmensgewinne		Durchschnittliche Steuerbelastung
	Mrd. DM	Veränderung (vH)	Mrd. DM	Mrd. DM	Veränderung (vH)	vH
1980	77,27	–1,1	25,95	51,32	1,2	33,6
1981	85,86	11,1	25,25	60,61	18,1	29,4
1982	91,29	6,3	26,72	64,57	6,5	29,3
1983	112,13	22,8	29,61	82,52	27,8	26,4
1984	125,30	11,7	34,45	90,85	10,1	27,5
1985	133,01	6,2	39,22	93,79	3,2	29,5
1986	142,87	7,4	38,80	104,37	11,3	26,9
1987	143,21	0,2	34,50	108,71	4,2	24,1
1988	153,74	7,4	37,59	116,15	6,8	24,5
1989	163,82	6,6	43,28	120,54	3,8	26,4
1990	184,15	12,4	38,68	145,47	20,7	21,0
1991	202,92	10,2	41,57	161,35	10,9	20,5
1992	211,94	4,4	41,78	170,16	5,5	19,7
1993	220,81	4,2	40,44	180,37	6,0	18,3

[1]) Körperschaftsteuer und sonstige direkte Steuern.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen). – Berechnungen des WSI.

Wenn die *VGR* für die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im gleichen Zeitraum einen Zuwachs von 7,6 vH *brutto* gegenüber dem Vorjahreszeitraum meldet, so muß der Netto-Zuwachs also drastisch höher liegen.

Natürlich sind solche Zahlen mit allen Problemen von Durchschnittsangaben behaftet; so zeigt eine innerhalb der *VGR* mögliche Differenzierung der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit allein nach funktionalen Kriterien in: „Produktionsunternehmen", „Kreditinstitute" und „Versicherungsunternehmen", daß erstere sogar – und scheinbar in Übereinstimmung mit der Klage des Unternehmenslagers – einen absoluten Gewinnrückgang von 1992 auf 1993 hinnehmen mußten. Allerdings fällt dieser mit 1,86 Mrd. DM oder 1,3 vH des Vorjahresniveaus minimal aus. Zwar gibt es erst recht innerhalb der Produktionsunternehmen die unterschiedlichsten Branchen mit extremen Gewinnsituationen. Und selbstverständlich wäre der Gewinnrückgang der Produktionsunternehmen ohne steuerliche Entlastung in 1993 absolut noch stärker ausgefallen, erst recht in sogenannten Krisenbranchen. Nur: Solche (Gegen-)Argumente sind allein für die Bruttoebene der Gewinne gültig. Die Bedingungen für die Nettoebene, d. h. die Steuerbelastung durch entsprechende gesetzliche Vorschriften, sind für alle gleich, differenzieren nicht nach Branche und entlasten daher, soweit sie zur Entlastung modifiziert werden bzw. motiviert sind, auch diejenigen Unternehmen, die es „nicht nötig" haben. Schließlich gilt jedoch generell zu bedenken, daß Gewinne – selbst wenn sie disaggregiert werden – kein ausreichender Indikator für die Lage der Unternehmen allgemein sind. Eine verläßlichere Einschätzung bedarf der Betrachtung von Stromgrößen, von denen die Gewinne nur eine sind, sowie von Bestandsgrößen der Unternehmen, wie sie z. B. mit Hilfe der *Finanzierungsrechnung* der *Deutschen Bundesbank* oder auch von Daten der *VGR* möglich ist – und zwar für alle Produktionsunternehmen unabhängig von ihrer Rechtsform.

Die aktuelle *Finanzierungsrechnung*[4]) (s. *Tabelle 4*) beweist wieder einmal, daß es den deutschen Unternehmen trotz der Krise oder auch in der Krise nicht schlecht – auf keinen Fall dramatisch schlecht – geht. Im wesentlichen muß jedoch diese Aussage auf den *west*deutschen Teil der Unternehmen beschränkt werden. In *Ost*deutschland gibt es nicht nur nach wie vor Probleme bei Unternehmensaufbau und -finanzierung, wobei die Treuhandanstalt eine immer noch dominierende Rolle spielt. Auch die statistischen Informationen über die ostdeutschen Unternehmen dürften nach wie vor nicht immer so zuverlässig sein. Insbesondere erschweren aber die empirischen Quellen, die der *Finanzierungsrechnung* der *Bundesbank* zugrunde liegen, nach deren Auskunft immer stärker eine eigentlich nach wie vor erwünschte Differenzierung bei der Darstellung der Daten für *West*deutschland einerseits und *Ost*deutschland andererseits, weil die Quellen selbst eine solche Differenzierung nicht oder nicht mehr ausreichend vornehmen. Vor allem bei der mangelhaften Aufteilbarkeit von Geldvermögen und Verpflichtungen der Unternehmen macht sich dies nachteilig bemerkbar, so daß die *Bundesbank* selbst auf eine schätzungsweise Aufteilung auf Ost und West verzichtet und nur noch das gesamtdeutsche Ergebnis ausweist. Aber auch für die Zuordnung von Stromgrößen, wie sie überwiegend in *Tabelle 4* abgebildet sind, muß nach Angabe der *Bundesbank* teilweise schon zu Schätzungen gegriffen werden. Die problematische Quellenlage dürfte auch die teilweise relativ großen Revisionen bei den Daten für das Jahr 1992 gegenüber den im vorangegangenen Finanzierungsbericht für dasselbe Jahr gemachten Angaben erklären. Außerdem hatte die Finanzierungsrechnung der *Bundesbank* immer schon den allgemeinen Mangel, neben den Geldvermögensbeständen keine Bestände an Sachvermögen auszuweisen.

Für die westdeutschen Produktionsunternehmen belegt die *Finanzierungsrechnung*, daß der relative und auch absolute Gewinnrückgang im Rahmen der Eigenfinanzierung durch eine deutliche Erhöhung der Abschreibungen 1992 und erst recht 1993 mehr als kompensiert werden konnte. Gleichzeitig ließen Außenfinanzierung und Fremdfinanzierung kaum nach, so daß bei gesunkenen Brutto-Investitionen die Geldvermögensbildung erneut deutlich gestärkt worden ist. Zwar ist der *Bundesbank* zumindest teilweise zuzustimmen, wenn sie darauf hinweist, daß diese Geldvermögensbildung nicht allein dem Selbstzweck dient, sondern auch direkte bzw. indirekte Bezüge zur Produktionssphäre aufweist: So hat aus Sicht der *Bundesbank* die verstärkte und insbesondere kurzfristige Geldvermögensbildung gerade in Krisenzeiten auch die Funktion der Risikovorsorge; es haben die Unternehmen laut Bundesbank 1993 auch ausländischen Partnern bzw. Tochterfirmen „– vermutlich in Ländern, in denen die konjunkturelle Erholung bereits eingesetzt und sich stärker

[4]) Vgl. *Deutsche Bundesbank*, Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme in Deutschland im Jahre 1993, in: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank 5/1994, S. 21 ff.

Tabelle 4

Vermögensbildung der deutschen Produktionsunternehmen[1]) und ihre Finanzierung

– in Mrd. DM –

– alte und neue Bundesländer (ab 1991) –

Vermögensveränderung/Finanzierung/ Vermögensbestand	1980	1986	1989	1990	1991[11]) West	1991[11]) Ost	1992[11]) West	1992[11]) Ost	1993[11]) West	1993[11]) Ost
Sachvermögensbildung bzw. Bruttoinvestitionen	185,0	218,5	290,9	316,8	331,5	59,3	333,9	69,2	274,6	83,6
– Sachanlagen	173,7	215,6	270,2	308,7	340,1	56,6	338,5	71,0	300,8	83,4
– Vorräte	11,3	2,9	20,7	8,1	– 8,6	2,7	– 4,6	– 1,7	–26,1	0,2
nachrichtlich: Nettoinvestition[2])	60,8	47,2	95,7	108,2	104,6	41,2	83,9	42,9	11,9	52,4
Geldvermögensbildung	42,1	53,9	112,1	188,2	153,1	8,1	123,9	33,1	143,4	40,5
– bei Banken im In- und Ausland	20,2	49,1	67,6	55,8	44,7	8,7	79,3	30,2	79,2	37,7
kurzfristig	21,0	46,3	62,7	54,4	43,6	9,3	82,5	29,9	83,6	37,7
langfristig	– 0,8	2,8	4,9	1,4	1,1	–0,6	– 3,3	0,3	– 4,4	0,1
– in festverzinslichen Papieren	0,4	– 2,2	7,1	44,0	44,7	–1,0	6,2	3,2	5,1	2,0
– in Beteiligungen[3])	10,5	5,7	8,2	31,8	53,4	1,0	70,0	0,2	52,1	0,5
– in sonstigen Forderungen (an In- und Ausland)	11,0	1,3	29,1	56,6	10,3	–0,7	–31,5	– 0,4	7,0	0,2
Vermögensbildung insgesamt	227,1	272,4	403,0	505,0	484,6	67,3	457,8	102,3	418,0	124,1
Selbstfinanzierung durch										
– Eigenfinanzierung	131,9	211,0	255,8	286,9	258,1	1,5	266,7	3,1	255,8	23,1
Abschreibungen	124,2	171,7	195,2	208,6	226,9	18,1	250,0	26,3	262,7	31,2
Gewinne und Sonstiges[5])	7,7	39,9	60,6	78,3	31,2	–16,6	16,7	–23,2	– 6,9	– 8,1
– Außenfinanzierung durch Aktienemission u. ä. Beteiligungskapital	5,2	12,3	13,4	21,9	12,1	30,7	17,9	42,9	11,9	45,9
– weitere Innenfinanzierung[6])	21,0	19,0	44,4	52,3	44,9	0,6	49,3	0,6	46,3	0,8
Fremdfinanzierung durch kurz- und langfristige Kredite von Banken, Versicherungen, Kapitalmarkt[7]) im In- und Ausland	69,0	30,1	89,4	102,8	132,1	45,9	119,9	56,0	116,7	59,0
Finanzierung insgesamt	227,1	272,4	403,0	463,8	447,2	78,7	453,7	102,6	430,7	128,7
Statistische Differenz[8])	–	–	–	41,2	37,4	–11,4	4,1	– 0,3	–12,7	– 4,6
Nachrichtlich: Vermögensbestand[13])										
Bestände an										
– Geldvermögen insgesamt[9])[12])	642	1 166	1 467	1 615	1 769	–	–	–	–	–
darunter: flüssige Mittel[10])[12])	204	362	437	495	536	–	–	–	–	–
– Schulden insgesamt (einschließlich Aktienumlauf[9])[12])	1 065	1 531	1 834	2 021	2 206	–	–	–	–	–
darunter: kurzfristige Verbindlichkeiten bei Banken[12])	255	291	331	372	416	–	–	–	–	–

1) Ohne Wohnungswirtschaft und ohne finanzielle Institutionen (Banken, Versicherungen u. ä.), aber einschließlich Treuhandanstalt in Ostdeutschland sowie Post und Bahn in West- und Ostdeutschland. – 2) Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen. – 3) Erwerb von Aktien im In- und Ausland sowie sonstigen Beteiligungen im Ausland – einschließlich 1990 in Ostdeutschland. – 4) Nach Definition der Bundesbank: im wesentlichen Abschreibungen, Gewinne nach Steuern, Subventionen. – 5) Im wesentlichen nichtentnommene Gewinne nach Steuern, Subventionen, sonstige Vermögensübertragung. – 6) Durch „Sonstige Kredite" – d. h. weder von Banken noch von Versicherungen –, die nach Angaben der Bundesbank „im wesentlichen Darlehen öffentlicher Haushalte, des Auslands und Pensionsrückstellungen" enthalten; ein großer Teil dieser Kredite dürfte allerdings wie die Pensionsrückstellungen Eigenmittelcharakter besitzen. – 7) Einschließlich (kurzfristige) Geldmarktpapiere. – 8) Restposten im Finanzierungskonto der „übrigen Welt" (einschließlich der neuen Bundesländer) aufgrund statistisch nicht aufgliederbarer Vorgänge im Zahlungsverkehr mit dem Ausland sowie mit den neuen Bundesländern. – 9) Jahresendbestand: darunter Wertpapiere zu Tageskursen. – 10) Bestände an Bargeld und Sichteinlagen, Guthaben auf kurzfristigen Terminkonten bei in- und ausländischen Kreditinstituten sowie Bestand an festverzinslichen Wertpapieren einschl. Geldmarktpapiere. – 11) Vorläufige Ergebnisse. – 12) Ab 1991 vom WSI mittels der jährlichen Veränderungen laut Bundesbank-Angaben fortgeschrieben. – 13) Bestände an Sachvermögen weist die Bundesbank im Rahmen ihrer Finanzierungsrechnung – im Gegensatz zu Geldvermögen und Schulden – nicht aus.

Quelle: Deutsche Bundesbank – Berechnungen des WSI.

entfaltet hat – erhebliche zusätzliche Betriebsmittelkredite eingeräumt, während 1992 derartige Mittel per Saldo zurückgeflossen waren“[5]). Auf der anderen Seite sind aber auch die quasi-bankmäßigen Aktivitäten der Produktionsunternehmen bei Anlage und Pflege ihrer wachsenden Geldvermögen nicht zu übersehen. Als Indikator mögen z. B. die sogenannten flüssigen Mittel dienen, die die deutschen Produktionsunternehmen (einschließlich der ostdeutschen) 1993 in Höhe von 906 Mrd. DM verwalteten (1992: 826 Mrd. DM), davon fast genau zur Hälfte Bargeld und Sichteinlagen bei Banken, zu 30 vH Termingelder einschließlich Geldmarktpapieren und zu 20 vH festverzinsliche Wertpapiere[6]).

Dabei ist erneut zu betonen, daß die Geldvermögensbildung der Produktionsunternehmen auch im Rahmen der *Finanzierungsrechnung* der *Bundesbank* empirisch tendenziell *unterschätzt* wird, und zwar nicht nur – worauf hier schon früher hingewiesen wurde – durch mangelnde Erfassung von Beteiligungskäufen im Ausland. So schreibt die *Bundesbank* im Zusammenhang mit ihrem statistischen Ausweis eines rückläufigen Erwerbs von Rentenpapieren durch die Unternehmen: „Teilweise wurden vermutlich auch Umschichtungen auf Euro-Konten vorgenommen, oder die Depotverwaltung wurde ins Ausland verlagert, so daß die Anlagedispositionen nunmehr von ausländischen Plätzen erfolgen und sich damit der statistischen Erfassung entziehen. Dies spiegelt sich nicht zuletzt im „Restposten“ der Zahlungsbilanz, der schwerpunktmäßig im Finanzierungskonto der Produktionsunternehmen als statistische Differenz gegengebucht wird (s. die Zeile „Statistische Differenz“ in *Tabelle 4; C. Schäfer*). Der Saldo der statistisch nicht näher aufgegliederten Transaktionen in der Zahlungsbilanz ist 1993 im wesentlichen dadurch entstanden, daß von inländischen Anlegern über Auslandsbanken erteilte Kauforder für deutsche Wertpapiere – wirtschaftlich gesehen unzutreffenderweise – als Engagements ausländischer Investoren in die Statistik eingehen oder Engagements in ausländischen Titeln nicht hinreichend erfaßt werden. Tatsächlich dürften dahinter zum guten Teil Transaktionen der Unternehmen (im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) stehen, und zwar vorrangig von Selbständigen und Angehörigen freier Berufe, die ihre Vermögensverwaltung – nicht zuletzt wohl aus Steuergründen – ins Ausland verlagerten“[7]). Der letzte Satz in diesem *Bundesbank*-Zitat berührt ein besonders spezifisches Problem.

Berechnungen und Schätzungen des *DIW* auf der Basis der VGR des *Statistischen Bundesamtes* ergeben einen noch umfassenderen Überblick über die aktuelle und mittelfristige Lage der westdeutschen Produktionsunternehmen (*s. Tabelle 5*)[8]). Hier ist es auch möglich, neben den Beständen an Geldvermögen und Verbindlichkeiten auch die des Sachvermögens einzubeziehen und damit in Verbindung mit Stromgrößen diverse Bewertungs-Kennziffern (im unteren Teil der *Tabelle*) zu entwickeln[9]). Die Rentabilitätskennziffern „Eigenkapitalrendite“ und „Sachkapitalrendite“ zeigen auch zuletzt eine deutliche Verbesserung gegenüber 1980 und auch 1986; insofern ist der Rückgang dieser beiden Kennziffern in den letzten Jahren eher auf das Auslaufen des Vereinigungsbooms und die gegenwärtige konjunkturelle Schwäche zurückzuführen und damit eher Ausdruck einer „Normalisierung“ als einer dramatischen Lage. Dasselbe gilt im Prinzip für die „Zinsbelastungsrate“ und die „Zinsertragsrate“. Auch die Entwicklung der Eigenkapitalquote zeigt keine spürbaren oder gar besorgniserregenden Ausschläge. Dagegen zeigt sich auch im Rahmen der *DIW*-Daten eine durchaus problematisierbare Verstärkung der Neigung zur Geldvermögensbildung bei gleichzeitig sinkender Neigung zur Sachkapital- bzw. Investitionsbildung. Jedenfalls wäre im dargestellten Finanzierungsrahmen der Produktionsunternehmen auch eine stärke Investitionsneigung denkbar – wenn es z. B. eine andere Steuerpolitik und ebenfalls eine andere Industriepolitik gäbe. Für ein anderes Politikmuster und damit ein anderes Muster beim Investitionsverhalten spricht auch folgendes Ergebnis der *DIW*-Gewinnanalyse: „Entscheidend für die Ausweitung der Anlagen sind lediglich jene Gewinne, die den Unternehmen durch erhöhten Absatz entstehen (– und eben nicht jene aufgrund Lohnkosten- oder Steuerentlastung; *C. Sch.*). Dies zeigt eine vom *DIW* entwickelte Komponentenzerlegung der Gewinne“[10]).

Das *DIW* faßt seine Analyse wie folgt zusammen: „Insgesamt machen die Ergebnisse deutlich, daß sich für den Durchschnitt der Produktionsunternehmen die Gewinn- und Renditesituation 1992 und 1993 im Vergleich zum Ausnahmejahr 1991 zwar deutlich verschlechtert hat, doch ist im längerfristigen Vergleich selbst die Situation im Jahre 1993 als eher überdurchschnittlich einzuschätzen. Die vielfach vorgebrachten Klagen über eine Kostenklemme, in die die Unternehmen geraten seien, sind für die Produktionsunternehmen ohne Wohnungsvermietung empirisch nicht nachvollziehbar“[11]). Zu einem ähnlichen Ergebnis ist übrigens auch die *Bundesbank* bei der Analyse der Bilanzstatistik für 1992 gekommen, wonach die Finanzlage der Unternehmen insgesamt eher besser zu beurteilen ist als zu Beginn der 80er Jahre[12]).

Schließlich kann noch auf einen weiteren empirischen Beleg verwiesen werden, der den verbreiteten Klagen über eine seit den 80er Jahren schlechte Lage der Unternehmen ihren Boden entzieht. In einem bemerkenswerten Beitrag kritisiert *Oskar de la Chevallerie*[13]) die unplausible und inkonsistente Praxis der *VGR* des *Statistischen Bundesamtes* bei der Gewinnermittlung der deutschen Produktionsunternehmen und ihrer Abgrenzung vom Sektor Wohnungsvermietung, und zwar sowohl bei den unverteilten bzw. nicht-entnommenen Gewinnen wie bei den Entnahmen durch die Unternehmenseigner. Gleichzeitig entwickelt er aus dieser Kritik eine quantifizierte Alternativrechnung, die nicht nur deutlich höhere Gesamtgewinne der Produktionsunternehmen ohne Wohnungsvermietung ausweist. Die Alternativrechnung belegt auch, daß sich im Zeitraum von 1980 bis 1990 die Einkommensstruktur der Produktionsunternehmen ohne Wohnungsver-

Tabelle 5

Jahresabschluß der Produktionsunternehmen (ohne Wohnungsvermietung)
– in Mrd. DM –

– alte Bundesländer –

	1980	1986	1989	1990	1991	1992	1993
				Erfolgsrechnung			
Produktionswert	3 253	4 004	4 595	5 010	5 424	5 550	5 366
– Vorleistungen[1])	2 176	2 637	3 003	3 263	3 517	3 558	3 373
– Prod. Steuern abzügl. Subventionen	46	48	57	60	69	79	80
– Abschreibungen[2])	118	173	208	224	244	267	288
– Einkommen aus unselb. Arbeit	634	779	887	962	1 051	1 114	1 110
– Unternehmerlohn[3])	71	89	98	104	112	120	119
Unternehmenseinkommen	209	277	343	397	431	412	396
– Zinsausgaben u. ä.[4])	91	121	139	176	202	243	221
+ Zinseinnahmen u. ä.[4])	29	43	50	70	88	107	95
Unternehmensgewinne	146	199	254	291	318	277	270
+ Saldo der Übertragungen[5])	–9	–16	–22	–17	–7	–20	–18
– Einnahmen[6])	97	145	180	207	250	239	246
				Bewegungsbilanz			
Veränderung der Eigenmittel[7])	40	39	52	66	61	18	6
+ Veränderung der Verbindlichkeiten[8])	95	62	147	179	205	176	113
– Veränderung der Forderungen[8])	42	54	111	141	137	111	101
Nettoinvestitionen	93	47	88	104	129	83	18
Anlageinvestitionen	61	47	66	87	102	81	20
Vorratsveränderungen	32	–0	23	18	27	2	–2
				Vermögensbestände am Jahresende[16])			
Eigenmittel	719	894	1 034	1 100	1 161	1 179	1 185
+ Verbindlichkeiten	1 101	1 574	1 884	2 064	2 269	2 444	2 557
– Forderungen	574	915	1 160	1 301	1 438	1 548	1 649
Sachvermögen (ohne Grund und Boden)	1 246	1 553	1 759	1 863	1 992	2 075	2 093
Anlagevermögen	861	1 124	1 292	1 379	1 481	1 562	1 582
Vorratsvermögen	385	428	467	484	511	513	511
				Rentabilitätskennziffern in vH			
Eigenkapitalrendite[9])	20,3	22,3	24,6	26,4	27,4	23,5	22,8
Sachkapitalrendite[10])	16,7	17,9	19,5	21,3	21,6	19,9	18,9
Zinsbelastungsrate[11])	8,3	7,7	7,4	8,5	8,9	9,9	8,6
Zinsertragsrate[11])	5,0	4,7	4,3	5,4	6,1	6,9	5,8
				Sonstige Kennziffern in vH			
Investitionsneigung[12])	41,8	23,6	26,0	29,9	32,1	29,2	7,4
Geldneigung[13])	28,8	27,1	43,7	48,5	43,1	40,1	37,4
Geldvermögenskoeffizient[14])	52,2	58,1	61,5	63,0	63,4	63,3	64,5
Eigenkapitalquote[15])	57,7	57,6	58,8	59,0	58,3	56,8	56,6

1) Vorleistungen laut VGR vermindert um die Differenz zwischen der Vorratsveränderung zu Buchwerten und der Vorratsveränderung zu Wiederbeschaffungspreisen. – 2) Steuerliche Abschreibungen. – 3) Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen in den Wirtschaftszweigen multipliziert mit dem jeweiligen durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen der beschäftigten Arbeitnehmer. – 4) Einschließlich der Ausschüttungen. – 5) Direkte Steuern der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, laufende Übertragungen, Vermögensübertragungen. – 6) Einschließlich des Saldos aus Käufen und Verkäufen von Land. – 7) Ohne Aktienkäufe bzw. -verkäufe. – 8) Einschließlich Aktienkäufe bzw. -verkäufe. – Ab 1990 korrigiert um die nicht aufgliederbaren Vorgänge im Zahlungsverkehr mit der übrigen Welt. – 9) Unternehmensgewinne in vH der Eigenmittel. – 10) Unternehmenseinkommen in vH des Sachvermögens. – 11) Zinserträge bzw. -aufwendungen zuzüglich Ausschüttungen in vH des Forderungsvermögens bzw. der Verbindlichkeiten. – 12) Nettoanlageinvestitionen in vH der Brutto-Unternehmensgewinne. – 13) Geldvermögensbildung bzw. Veränderung der Forderungen in vH der Brutto-Unternehmensgewinne. – 14) Forderungen in vH der Verbindlichkeiten. – 15) Eigenmittel in vH des Sachvermögens. – 16) Ermittelt aus kumulierten Werten der Bewegungsbilanz.

Quelle: Statistisches Bundesamt (VGR). – Berechnungen des DIW, 1992 und 1993 teilweise geschätzt.

[5]) Ebenda, S. 30.

[6]) Vgl. ebenda, S. 42 ff.

[7]) Ebenda, S. 30 f.

[8]) Vgl. *Görzig, B.*, Schlechte Absatzlage bewirkt Gewinneinbrüche, in: DIW-Wochenbericht 10/1994, S. 133 ff., insbesondere S. 135.

[9]) Vergleichbare Rentabilitätskennziffern auf ähnlicher Basis – d. h. auch unter Zugrundelegung eines kalkulatorischen Unternehmerlohns – sowie mit ähnlichen Ergebnissen sind auch erstellt worden vom DGB; vgl. *Deutscher Gewerkschaftsbund*, in: Informationen des DGB zur Wirtschafts- und Strukturpolitik, 6/1994.

[10]) *Görzig, B.*, a.a.O., S. 138.

[11]) Ebenda, S. 137.

[12]) Vgl. *Deutsche Bundesbank*, Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse westdeutscher Unternehmen im Jahre 1992, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, November 1993, S. 19.

[13]) *Chevallerie, O. de la*, Unternehmensgewinne in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung – Eine ergänzende Analyse, in: Vierteljahresheft des DIW 3/4–1993, S. 204 ff.

Tabelle 6

Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommen

– alte Bundesländer –

Jahr	Durchschnittliche Tariflohn- und -gehaltserhöhungen[1])*)	Preise[2]) (Veränderung*)	Durchschnittliche Arbeitseinkommen[3]) und ihre Abzüge[4])							
			Lohnsteuer	Sozialabgaben	Gesamte Abzüge	Brutto absolut	Brutto Veränderung*)	Netto absolut	Netto Veränderung*)	Reale Veränderung*) (netto)
	vH	vH	vH	vH	vH	DM	vH	DM	vH	vH
1980	+ 6,7	+ 5,3	15,8	12,8	28,7	2 474	+ 6,6	1 765	+ 5,2	+– 0,0
1981	+ 5,5	+ 6,3	15,7	13,1	28,8	2 593	+ 4,8	1 847	+ 4,6	– 1,6
1982	+ 4,0	+ 5,4	16,0	13,4	29,4	2 695	+ 3,9	1 904	+ 3,1	– 2,1
1983	+ 3,3	+ 3,2	16,4	13,6	30,0	2 781	+ 3,2	1 948	+ 2,4	– 1,0
1984	+ 2,8	+ 2,3	16,9	13,8	30,7	2 865	+ 3,0	1 986	+ 1,9	– 0,4
1985	+ 2,7	+ 2,0	17,5	14,1	31,5	2 949	+ 2,9	2 020	+ 1,7	– 0,3
1986	+ 3,5	– 0,2	17,1	14,2	31,3	3 055	+ 3,6	2 100	+ 4,0	+ 4,1
1987	+ 3,4	+ 0,1	17,8	14,2	32,0	3 151	+ 3,1	2 144	+ 2,1	+ 2,1
1988	+ 2,7	+ 1,1	17,4	14,3	31,7	3 245	+ 3,0	2 216	+ 3,3	+ 2,2
1989	+ 2,7	+ 2,9	18,0	14,3	32,4	3 343	+ 3,0	2 261	+ 2,1	– 0,8
1990	+ 4,6	+ 2,7	16,2	14,2	30,5	3 501	+ 4,7	2 433	+ 7,6	+ 4,8
1991[5])	+ 6,2	+ 3,6	18,0	14,6	32,5	3 712	+ 6,0	2 504	+ 2,9	– 0,7
1992[5])	+ 5,7	+ 4,0	18,8	14,7	33,4	3 922	+ 5,7	2 611	+ 4,3	+ 0,3
1993[5])	+ 3,8	+ 3,8	18,4	15,0	33,4	4 035	+ 2,9	2 687	+ 2,9	– 0,9
1994[5]) (1.Hj.)[6])	+ 2,0[7])	+ 3,1[8])	18,3	15,9	34,2	3 861	+ 2,3[9])	2 540	+ 1,0[6])	– 2,0[6])

*) Veränderung gegenüber dem Vorzeitraum. – 1) Erhöhung ohne Einbeziehung der Zusatzleistungen. Bis 1983: Berechnet auf Monatsbasis einschl. Beamtenbezüge. Quelle: Deutsche Bundesbank; Monatsberichte; ab 1984: ohne Beamtenbezüge; Quelle: WSI-Tarifarchiv. – 2) Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushaltes von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen. – 3) Brutto- bzw. Nettolohn- und -gehaltsumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer im Monat. – 4) Lohnsteuer und Sozialabgaben gemessen an der Bruttolohn- und -gehaltsumme. – 5) Vorläufiges Ergebnis. – 6) Veränderung gegenüber dem 1. Halbjahr 1993. – 7) Abschlußrate des 1. Halbjahres; nicht vergleichbar mit einer halbjährlichen Zuwachsrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 17, Reihe 7 und Fachserie 18, Reihe 1.2). – Berechnungen des WSI.

mietung zugunsten der Gewinnempfänger deutlich verbessert hat[14]): Während der Anteil der Lohn- und Gehaltszahlungen am gesamten Unternehmenseinkommen von 66,6 auf 63,3 vH gesunken ist, stieg – bei fast konstantem Anteil der Vermögenseinkommen – der Anteil der Unternehmensgewinne insgesamt von 26,2 vH auf 29,4 vH. Davon entfallen zuletzt 20,2 Prozentpunkte auf die Entnahmen der Unternehmenseigentümer (1980: 18,9 vH), die durch Steuern in Höhe von nur noch 3,6 Prozentpunkten belastet wurden (1980: 5,0 Prozentpunkte); gleichzeitig betrug der Anteil der unverteilten Gewinne 9,2 Prozentpunkte (nach 7,3 Prozentpunkten 1980), von denen nur noch 2,5 Prozentpunkte der Bedienung direkter Steuern dienen mußten (2,7 Prozentpunkte 1980), so daß entsprechend mehr für einbehaltene Gewinne übrig blieb[15]).

2.2 Arbeitseinkommen

Ganz anders stellt sich dagegen die aktuelle Lage wie die mittelfristige Entwicklung der Arbeitseinkommen dar. Für *West*deutschland verlief die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen durchschnittlichen Arbeitseinkommen 1993 auf der realen Ebene mit fast 1 vH wieder einmal seit 1980 negativ (dabei wies vor einem Jahr das damals bekanntgewordene Entwicklungsergebnis für das 1. Halbjahr 1993 noch auf eine knapp positive Entwicklung hin). Für das laufende Jahr zeichnet sich ein noch schlechteres Ergebnis ab: Bereits im ersten Halbjahr 1994 liegt der reale Einkommensverlust bei rund eineinhalb Prozent, weil der deutliche Rückgang der Preissteigerungsrate von einem noch deutlicheren Rückgang bei der Brutto- und vor allem bei der Nettolohn-Entwicklung überkompensiert wird (vgl. *Tabelle 6*). Bei konjunkturbedingt niedrigeren Tariflohnerhöhungen macht sich 1993 gleichzeitig ein starker Abbau von übertariflichen Leistungen bemerkbar; Indikator dafür ist auch die ungewohnt starke negative Differenz zwischen der durchschnittlichen Tariflohnerhöhung (plus 3,8 vH) und der jahresdurchschnittlichen Erhöhung der Arbeitseinkommen brutto (plus 2,9 vH) – die allerdings zum Teil auch auf Abbau von Überstunden sowie Zunahme von Kurzarbeit zurückzuführen ist. Dieser Abbau von übertariflichen Leistungen setzt sich scheinbar in 1994 bisher nicht fort; dafür aber ist im Gegensatz zu 1993 im ersten Halbjahr 1994 die durchschnittliche Abgabenbelastung der Brutto-Löhne weiter auf ein bisher unerreichtes Niveau von 34,2 vH gestiegen. In kumulierter Sichtweise haben die durchschnittlichen Arbeitseinkommen seit 1980 bis 1993 also nur um rund 5,5 vH real zugelegt; und bis Mitte 1994 ist dieser bescheidene Zuwachs schon wieder erheblich geschmolzen.

[14]) Vgl. ebenda, S. 213.

[15]) *Chevallerie* greift übrigens mit seiner Kritik an der *VG* teilweise Aspekte der Gewinnentstehung in den Unternehmen auf, die als Entnahmen im Rahmen der Gewinnverwendung zugunsten der Gewinnempfänger bzw. der privaten Haushalte von Selbständigen auch seitens des *WSI* schon problematisiert wurden (s. den letztjährigen WSI-Verteilungsbericht). Auch andere *DIW*-Autoren haben schon zumindest auf einen Teil der kritisierten *VGR*-Praxis bei der Gewinnermittlung, insbesondere die Bewertung von Netto-Investitionen und Vorratsvermögen zu Wiederbeschaffungspreisen, verschiedentlich hingewiesen; vgl. die Angaben bei *Görzig*, a.a.O., S. 136, Fußnote 1).

Tabelle 7

Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommen

– neue Bundesländer –

Jahr		Durchschnittliche Tariflohn- und -gehaltserhöhungen[1])*)	Preise[2]) (Veränderung*)	Durchschnittliche Arbeitseinkommen[3]) und ihre Abzüge[4])							
				Lohnsteuer[3])	Sozialabgaben[3])	Gesamte Abzüge[3])	Brutto absolut	Brutto Veränderung*)	Netto absolut	Netto Veränderung*)	Reale Veränderung*) (netto)[6])
		vH	vH	vH	vH	vH	DM	vH	DM	vH	vH
1989[7])	JD	–	–	3,3	17,1	20,4	1 173	–	934	–	–
1990[8])	JD	–	–	4,5	16,3	20,8	1 381	+ 17,7	1 094	+ 17,1	–
1991[5])	JD	–	+13,3[9])	8,4	15,8	24,3	1 820	+ 34,3[9])	1 378	+ 28,1[9])	+ 11,2[9])
1992[5])	JD	+ 25,9	+10,5	11,5	17,1	28,6	2 459	+ 35,1	1 755	+ 27,4	+ 15,3
1993[5])	JD	+ 12,5	+ 8,4	12,3	17,2	29,4	2 745	+ 11,6	1 937	+ 10,4	+ 1,8
1990[8])	1. Hj.	–	–	3,6	17,0	20,6	1 407	–	1 116	–	–
	2. Hj.	–	–	5,4	15,5	20,9	1 355	– 3,7	1 076	– 3,6	–
1991[5])	1. Vj.	–	+ 8,0[9])	6,5	15,7	22,2	1 442	+ 6,4[9])	1 122	+ 4,3[9])	– 3,4[9])
	2. Vj.	–	+ 2,4	7,2	16,4	23,6	1 624	+ 12,6	1 241	+ 10,6	+ 8,0
	3. Vj.	–	+ 1,5	8,9	15,1	24,1	1 939	+ 19,4	1 472	+ 18,6	+ 16,8
	4. Vj.	–	+ 9,1	10,2	16,1	26,4	2 331	+ 20,2	1 717	+ 16,6	+ 6,8
1992[5])	1. Vj.	–	+ 1,2	10,4	16,6	27,0	2 054	– 11,9	1 499	– 12,7	– 14,1
	2. Vj.	–	+ 1,1	10,9	17,7	28,7	2 258	+ 9,9	1 611	+ 7,4	+ 6,2
	3. Vj.	–	+ 0,2	11,9	17,2	29,1	2 597	+ 15,0	1 840	+ 14,3	+ 14,1
	4. Vj.	–	+ 0,3	12,4	17,0	29,4	2 943	+ 13,4	2 079	+ 13,0	+ 12,7
1993[5])	1. Vj.	–	+ 6,8	11,4	16,9	28,3	2 417	– 17,9	1 733	– 16,6	– 24,5
	2. Vj.	–	+ 0,9	12,1	17,9	29,9	2 574	+ 6,5	1 803	+ 4,1	+ 3,2
	3. Vj.	–	+ 0,2	11,9	17,0	28,9	2 809	+ 9,1	1 997	+ 10,7	+ 10,5
	4. Vj.	–	+ 0,5	13,3	17,0	30,4	3 177	+ 13,1	2 212	+ 10,8	+ 10,2
1994[5])	1. Hj.	–	+ 3,6[10])	–	–	30,3	2 727	+ 9,3[10])	1 900	+ 7,5[10])	+ 3,8[10])

*) Veränderung gegenüber dem Vorzeitraum. – 1) Erhöhung ohne Einbeziehung der Zusatzleistungen; Quelle: Tarifregister des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung. – 2) Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushaltes von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen in Ostdeutschland. – 3) Brutto- bzw. Nettolohn- und -gehaltsumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer im Monat in Ostdeutschland. – 4) Lohnsteuer und Sozialabgaben gemessen an der Bruttolohn- und -gehaltsumme in Ostdeutschland. – 5) Vorläufiges Ergebnis. – 6) Deflationiert mit dem Preisindex laut Fußnote 2). – 7) Simulationsrechnung des DIW, d. h. Umrechnung des DDR-Abgabensystems auf das bundesdeutsche System. – 8) Angaben des DIW. – 9) Veränderung gegenüber dem 2. Halbjahr 1990. – 10) Veränderung gegenüber dem 1. Halbjahr 1993.

Quelle: Statistisches Bundesamt (VGR). – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). – Berechnungen des WSI.

Für *Ost*deutschland können jetzt die durchschnittlichen Arbeitseinkommen ebenfalls auf der Basis der *VGR* des *Statistischen Bundesamtes*, zumindest ab 1991, dargestellt werden. In *Tabelle 7* lösen deshalb die *Bundesamts*-Daten die bisher genutzten Daten aus dem *DIW* ab, so daß auch aus diesem Grund – und nicht nur wegen der üblichen Revision von Vorjahresangaben aufgrund verbesserter Datenlage – die Werte seit 1991 mehr oder weniger abweichen von den früher hier veröffentlichten Daten. Vor 1991 wurden mangels Alternative die Angaben aus dem *DIW* beibehalten. Insofern muß auch beim Übergang von 1990 zu 1991 eine gewisse Unschärfe bei der Quantifizierung der Entwicklung in Kauf genommen werden. Im Gegensatz zu *West*deutschland wird hier eine Darstellung der Entwicklung auf Vierteljahresbasis vorgenommen, um die Dynamik dieser Entwicklung und die der verschiedenen Einflußfaktoren, wie z. B. der Tarifpolitik oder der Mietenpolitik bei den Preisen, besser widerspiegeln zu können. Der unterschiedlich große und auch zeitlich versetzte Einfluß solcher Faktoren erklärt denn auch zum großen Teil den zwischenzeitlich in einigen Vierteljahren eingetretenen absoluten Rückgang der netto realen Arbeitseinkommen.

In 1993 – und auch im ersten Halbjahr 1994 – hat sich die Dynamik der durchschnittlichen Arbeitseinkommen brutto in *Ost*deutschland deutlich gegenüber den Vorjahren verlangsamt, was auch die Nettoentwicklung sowie die reale Entwicklung am stärksten geprägt hat. Dies spiegelt sich in den durchschnittlichen Tariflohn- und -gehaltserhöhungen, soweit sie für *Ost*deutschland auf gesamtwirtschaftlicher Ebene oder auch für die wichtigsten Wirtschaftsbereiche verfügbar sind. Hier hat sich anscheinend die vehement von Arbeitgebern und anderer Seite vorgetragene Kritik an einer „zu schnellen Anpassung" der Ost-Einkommen an das West-Niveau niedergeschlagen – neben den für ganz Deutschland geltenden konjunkturellen Faktoren. Zwar sind auch die Preissteigerungsraten in 1993 und noch stärker im ersten Halbjahr 1994 gegenüber den Vorjahren deutlich zurückgegangen (auf 8,4 bzw. 3,6 vH); aber gleichzeitig ist die durchschnittliche Belastung der Arbeitseinkommen durch Lohnsteuer und Sozialabgaben weiter kontinuierlich auf 29,4 in 1993 und 30,3 vH im ersten Halbjahr 1994 gestiegen. In 1993 ist deshalb nur noch ein Anstieg der durchschnittlichen Arbeitseinkommen auf netto realer Ebene von lediglich 1,8 vH zu verzeichnen. Im ersten Halbjahr 1994 beträgt der netto reale Zuwachs immerhin noch 3,8 vH, weil dort trotz der bisher schwächsten Lohnerhöhung auf der Brutto-Ebene gleichzeitig die Preise nur noch wenig stärker als in *West*deutschland zuge-

nommen haben. Im Vergleich zum zweiten Halbjahr 1990, dem Ausgangspunkt der deutschen Vereinigung, fällt der gesamte netto reale Zuwachs bis 1993 mit rund 40 vH bei weitem nicht so üppig aus, wie es die viel höheren Brutto-Steigerungen auf den ersten Blick suggerieren oder die in der öffentlichen Kampagne gegen die Tariflohnsteigerungen auf der Basis des tariflichen Grundlohns berechneten Steigerungsraten suggerieren sollten. Auch unter Einschluß der weiteren realen Zunahme von rund 4 vH im ersten Halbjahr 1994 ist der Anstieg der Arbeitseinkommen netto real seit der Vereinigung so eindrucksvoll nicht.

3. Individuelle Arbeitseinkommen von Vollzeitbeschäftigten

Tatsächlich aber sagt die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommen nur dann einigermaßen etwas aus, wenn gleichzeitig die Struktur des Arbeitsmarktes und auch die Zahl der Bezieher von Arbeitseinkommen relativ gleichbleibt. Das ist aber gerade in *Ost*deutschland nicht der Fall. Wie sehr die negative Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im Osten diejenige der gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommen im Durchschnitt überlagert, zeigt eine Konfrontation der letztgenannten Einkommensdaten aus *Tabelle 7*, denen *alle* Formen abhängiger Arbeit zugrunde liegen, mit der *Verdiensts*entwicklung 1993 für die *vollzeit*beschäftigten Arbeitnehmer in der Industrie sowie einigen Dienstleistungsbereichen *Ost*deutschlands (s. *Tabelle 8*) – auch wenn der Industriebereich angesichts der fortschreitenden De-Industrialisierung im Osten einen immer kleiner werdenden Anteil an den Arbeitsverhältnissen und auch den Normalarbeitsverhältnissen in Ostdeutschland wiedergibt. In *West*deutschland dagegen stimmt die Entwicklung der Verdienste in 1993 bei vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern viel stärker mit der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommen überein (s. ebenfalls *Tabelle 8*). Allerdings ist hier wie im Osten in einem zweiten Analyseschritt zwischen den verschiedenen Wirtschaftsbereichen und den verschiedenen Arbeitnehmergruppen zu differenzieren. Doch zunächst zur Entwicklung des allgemeinen effektiven Verdienstniveaus[16]):

Auch bei den *vollzeit*beschäftigten Arbeitnehmern in Ostdeutschland hat sich die Entwicklung der Verdienste 1993 gegenüber dem Vorjahr deutlich verlangsamt (s. *Tabelle 8*). Ihre *Effektiv*verdienste in der Industrie (Arbeiter und Angestellte zusammen) stiegen 1993 brutto um 16,7 vH und netto um 15,4 vH, während die Steigerungsraten im Vorjahr noch 30,5 vH bzw. 23,1 vH betrugen[17]). Noch darüber liegt der Verdienstzuwachs der Angestellten in Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe mit brutto 20,0 vH und netto 18,7 vH (im Vorjahr noch 37,5 vH bzw. 29,7 vH); Arbeiter-Verdienste werden in diesen Bereichen nicht erfaßt. Innerhalb der Industrie gibt es allerdings durchaus große Entwicklungsunterschiede (s. a. die *Tabellen 9 und 10*). Zum Beispiel macht der Verdienstzuwachs im Hoch- und Tiefbau in 1993 lediglich brutto 10,4 vH und netto 9,1 vH aus (1992 noch 19,7 vH und 12,9 vH), aber bei einem deutlich höheren und im Vergleich mit *West*deutschland untypischen Verdienstausgangsniveau gegenüber den anderen industriellen Bereichen. Angesichts der Preissteigerungsrate in *Ost*deutschland von 8,4 vH in 1993 sind also in den genannten Bereichen die netto realen Verdienstzuwachsraten um 8 bis 9 Prozentpunkte niedriger als die auf der Nettoebene ausgefallen. Das heißt, auch im Bereich des Hoch- und Tiefbaus ist 1993 immer noch ein realer Zuwachs von rund 0,5 vH zu verzeichnen.

In *West*deutschland dagegen gibt es 1993 eine gespaltene Entwicklung zwischen Verdienstbeziehern, die ihren Reallohn erhöhen konnten und solchen, die Reallohnverluste hinnehmen mußten (s. *Tabelle 8*): Zu ersteren gehören die Arbeitnehmer im Hoch- und Tiefbau (Arbeiter und Angestellte zusammen) sowie die Angestellten in den Bereichen Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe, deren Brutto- bzw. Netto-Verdienste um jeweils 5,2 vH stiegen, so daß sich ein realer Zuwachs netto von fast eineinhalb Prozent errechnet. Zu letzteren gehören im Durchschnitt alle Arbeitnehmer in der Industrie ohne die Bauindustrie, deren Brutto- bzw. Nettoverdienste um jeweils 3,2 vH zunahmen; das bedeutet einen durchschnittlichen Reallohnverlust netto von rund einem halben Prozentpunkt. Differenziert man jedoch den Arbeitnehmer-Status, so zeigt sich bei den Angestellten in der Industrie ohne Bauindustrie ein Verdienstzuwachs in 1993 brutto und netto von jeweils 3,6 vH, womit der Preisanstieg von 3,8 vH fast kompensiert werden konnte. Die Arbeiter dagegen in der Industrie ohne Bauindustrie erhielten lediglich um 2,4 vH höhere Brutto- und Nettoverdienste, so daß hier ein Reallohnverlust von fast 1,5 vH ins Gewicht fällt.

Aus *Tabelle 8* geht auch die Entwicklung der Brutto-Verdienst*relation* von Ost zu West hervor: Wegen der Abschwächung der Verdienstentwicklung in *Ost*deutschland hat sich auch die Anpassungsgeschwindigkeit an das westdeutsche Niveau deutlich verlangsamt. Am stärksten ist das bei den Arbeitnehmern im Bereich Hoch- und Tiefbau der Fall, wo die Verdienstrelation zum Westen zwischen 1992 und 1993 im Durchschnitt nur noch um dreieinhalb Prozentpunkte zunahm (auf

[16]) Zur Entwicklung der tariflichen Löhne und Gehälter vgl. die laufende Berichterstattung des *WSI*-Tarifarchivs.

[17]) Diese wie die folgenden Netto-Werte wurden aus den Brutto-Angaben errechnet durch Abzug der durchschnittlichen Belastungen an Lohnsteuern und Sozialabgaben, wie sie in Tabelle 7 für Ostdeutschland angegeben sind.

Tabelle 8

Entwicklung der durchschnittlichen Effektivverdienste von Arbeitnehmerinnen in der Industrie (ohne Sonderzahlungen)
(einschließlich Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe)[1])
– alte und neue Bundesländer –

Wirtschaftsbereich	1990				1991		1992		1993						1994	
	1. Hj.		2. Hj.		JD[4])		JD[4])		Januar		April		Juli		Oktober		JD[4])		Januar	
Geschlecht	West in DM	Ost in vH	West in DM	Ost in vH	West in DM	Ost in vH	West in DM	Ost in vH	West in DM	Ost in vH	West in DM	Ost in vH	West in DM	Ost in vH	West in DM	Ost in vH	West in DM	Ost in vH	West in DM	Ost in vH
												Arbeiter								
Industrie[2])	3 382	35,4	3 540	40,8	3 672	50,3	3 848	62,3	3 818	65,8	3 905	70,2	3 989	71,0	4 006	73,0	3 952	70,8	3 951	69,9
Männer	–	–	–	–	3 867	49,7	4 054	61,1	4 016	64,6	4 092	59,2	4 177	70,1	4 193	72,0	4 140	59,8	4 135	68,9
Frauen	–	–	–	–	2 737	54,1	2 861	65,3	2 870	68,6	2 907	71,5	2 972	71,7	2 984	74,0	2 947	72,0	3 004	71,7
Industrie (ohne Bauindustrie)	3 379	35,4	3 528	39,1	3 645	46,8	3 829	58,1	3 816	62,5	3 869	65,1	3 947	66,2	3 971	68,5	3 919	66,3	3 956	66,0
Hoch- und Tiefbau[3])	3 404	35,4	3 642	49,0	3 802	63,4	3 982	72,1	3 835	73,6	4 157	75,8	4 274	75,7	4 236	77,3	4 175	76,0	3 914	78,0
												Angestellte								
Industrie[2]) sowie Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe	4 301	30,5	4 425	34,9	4 651	44,8	4 888	57,2	5 009	60,4	5 086	63,3	5 111	66,0	5 144	67,4	5 102	65,1	5 168	68,1
Industrie[2])	4 863	27,2	5 047	31,1	5 278	41,6	5 571	52,4	5 665	55,3	5 757	58,4	5 791	60,7	5 816	62,4	5 774	60,0	5 839	62,6
Männer	–	–	–	–	5 788	42,1	6 110	53,5	6 200	56,8	6 293	60,0	6 330	62,3	6 349	64,2	6 309	61,7	6 372	64,5
Frauen	–	–	–	–	3 884	49,0	4 107	61,0	4 207	63,5	4 272	66,8	4 305	69,2	4 330	70,8	4 292	68,4	4 355	70,7
Industrie (ohne Bauindustrie)	4 865	27,2	5 049	30,3	5 278	40,1	5 576	50,7	5 671	53,3	5 757	56,5	5 791	58,9	5 817	60,5	5 775	58,1	5 843	60,8
Hoch- und Tiefbau[3])	4 705	28,9	5 012	38,7	5 263	54,2	5 465	65,0	5 553	67,4	5 746	69,0	5 807	70,2	5 804	72,3	5 754	70,3	5 756	73,4
Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe	3 623	34,0	3 683	39,5	3 892	46,7	4 182	59,8	4 301	62,3	4 380	66,1	4 400	69,5	4 439	70,2	4 398	68,2	4 477	71,5
Männer	–	–	–	–	4 548	44,5	4 894	57,5	5 049	63,3	5 112	65,8	5 117	68,2	5 157	68,9	5 120	67,2	5 183	70,7
Frauen	–	–	–	–	3 220	55,2	3 453	70,4	3 578	74,5	3 623	76,6	3 654	80,5	3 684	81,3	3 647	79,0	3 730	82,4
												Arbeiter und Angestellte zusammen								
Industrie[2])	3 841	32,3	4 002	37,1	4 168	47,1	4 401	58,2	4 440	60,9	4 507	64,7	4 576	66,1	4 601	67,9	4 550	65,7	4 597	65,6
Industrie (ohne Bauindustrie)	3 858	32,2	4 016	35,7	4 180	44,4	4 420	55,1	4 458	58,5	4 518	61,3	4 583	63,0	4 616	64,9	4 562	62,6	4 631	63,2
Hoch- und Tiefbau[3])	3 633	34,5	3 860	47,2	4 045	61,8	4 219	70,9	4 115	71,0	4 412	74,2	4 514	74,4	4 481	76,0	4 438	74,4	4 267	75,7

1) Nur Angestellte. – 2) Einschließlich Hoch- und Tiefbau, letzterer mit Handwerk. – 3) Mit Handwerk. – 4) Jahresdurchschnitt.
Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 16 – Verdienststatistik). – Berechnungen des WSI.

74,4 vH); auch im Verlauf bis Januar 1994 hat sie sich kaum erhöht (auf 75,7 vH). Bei den Arbeitnehmern in der Industrie ohne Bauindustrie hat die Verdienstrelation im selben Zeitraum immerhin noch um 7,5 Prozentpunkte auf 62,6 vH im Jahresdurchschnitt 1993 zugelegt (Januar 1994: 63,2 vH). Noch etwas stärker mit rund 8,5 Prozentpunkten fiel der Zuwachs der Verdienstrelation bei den Angestellten von Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe auf 68,2 vH im Jahresdurchschnitt 1993 aus; hier ist auch ausnahmsweise bis Januar 1994 ein weiterer spürbarer Anstieg auf 71,5 vH des Westniveaus zu verzeichnen. Diese bis Januar 1994 weiter steigende Tendenz – auch im Vergleich mit den Oktober-Werten 1993 – trifft, etwas schwächer ausgeprägt, ebenso auf die Angestellten im Hoch- und Tiefbau sowie in der Industrie ohne die Bauindustrie zu. Auch die Arbeiter im Hoch- und Tiefbau konnten bis Januar 1994 ihre Verdienstrelation weiter leicht steigern. Die Verdienstrelation der Arbeiter in der Industrie ohne Bauindustrie ist dagegen im Verlauf von Jahresende 1993 bis Januar 1994 sogar wieder um 2 bis 3 Prozentpunkte gesunken.

Bei allen Vergleichen von Ost und West ist jedoch zu bedenken, daß das inzwischen erreichte Anpassungsniveau in *Ost*deutschland in mehrfacher Hinsicht relativiert werden muß: Zunächst sind in den oben genannten Verdienstdaten keine *Jahressonderzahlungen*, insbesondere nicht Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld, enthalten. Die aber sind im Westen weit höher vereinbart bzw. fallen im Osten noch seltener an bzw. viel geringer aus, so daß unter Einbeziehung der Sonderzahlungen auf beiden Seiten das effektive Jahresverdienstniveau in *Ost*deutschland oder das daraus ableitbare rechnerische Monatsverdienstniveau um etwa 4 vH im Durchschnitt der erfaßten Wirtschaftsbereiche brutto niedriger ausfällt. Dies läßt sich jedenfalls für 1992 aus dem erst seit kurzem vorliegenden Datenmaterial der Jahresverdienststatistik einschließlich Sonderzahlungen quantifizieren[18]). Schließlich decken die von der Verdienststatistik in *Ost*deutschland erfaßten Wirtschaftsbereiche einen kleineren Teil des Arbeits- und Arbeitseinkommens-Marktes ab als in *West*deutschland, weil insbesondere der sogenannte Industriebesatz, d. h. die Anzahl der Industrie-Beschäftigten pro 1 000 Einwohner, dort inzwischen mit 46,5 im Vergleich zum Westen (103), aber auch international auf ein außerordentlich niedriges Niveau gesunken ist[19]). In den von der Verdienststatistik nicht erfaßten Bereichen dürfte aber die Einkommensentwicklung noch langsamer verlaufen sein, so daß die Diskrepanz zwischen der Zunahme der Verdienste von Vollzeitbeschäftigten in Industrie, Handel usw. einerseits (s. *Tabelle 8*) sowie der geringen Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommen im Osten andererseits (s. *Tabelle 7*) nicht nur durch den Rückgang der Beschäftigungszahlen, also durch eine Mengenkomponente, sondern auch durch „schlechte" Einkommen bzw. eine Preiskomponente an anderer Stelle zu erklären ist.

Auf Basis des beim *DIW* gepflegten *Sozio-ökonomischen Panels (SOEP)* läßt sich z. B. für das „Frühjahr" 1993 für alle Vollzeitbeschäftigten in *Ost*deutschland ein durchschnittliches Bruttoeinkommen von 2 690 DM ableiten[20]). Im Vergleich dazu weist die Verdienststatistik für die Arbeitnehmer der ostdeutschen Industrie einschließlich Bauindustrie ein deutlich höheres Bruttoeinkommen von 2 916 DM im April und 3 025 DM im Juli 1994 aus – und das ohne Sonderzahlungen. Ein Indiz für die genannte Vermutung ist auch die Tatsache, daß in *Ost*deutschland ein erheblicher Teil der Unternehmen nicht verbands- bzw. tarifgebunden ist und daher unter Tarif bezahlt. Es gibt aber auch Anzeichen dafür, daß selbst tarifgebundene Unternehmen de facto unter Tarif zahlen – und zwar unabhängig von den in einigen Tarifbereichen z. B. des Handels oder des öffentlichen Dienstes per Tarifvertrag im Rahmen von „Mittelstandsklausel" oder „Öffnungsklausel" zugestandenen Möglichkeiten, in kleinen Betrieben Abschläge vom „normalen" Ost-Tarif vorzunehmen[21]). Im zehnten gemeinsamen Bericht der Forschungsinstitute *DIW, Institut für Weltwirtschaft Kiel (IFW)* und *Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)* über „Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in *Ost*deutschland" geht aus einer Unternehmensbefragung vom Winter 1993/94 hervor, daß 35 vH der Industriebetriebe und 32 vH der Handwerksbetriebe in *Ost*deutschland unter Tarif bezahlen[22]). Zwar beschränkte sich die Befragung auf das Verarbeitende Gewerbe; aber aus der besonderen Häufigkeit untertariflicher Bezahlung bei Nicht-Treuhandunternehmen, bei reprivatisierten Treuhandunternehmen, bei schon vor 1990 privaten Unternehmen und am häufigsten bei kleinen Unternehmen kann man schließen, daß untertarifliche Bezahlung außerhalb des Verarbeitenden Gewerbes (mit Ausnahme des öffentlichen Dienstes) noch häufiger vorkommt. Letztlich kann man aber auch bezweifeln, ob die betrieblichen

[18]) Vgl. *Dresch, A.*, Bruttojahresverdienste in der Industrie, im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe 1992, in: Wirtschaft und Statistik 7/1994, S. 572 ff. In 1993 könnte die genannte Spanne von ca. 4 vH etwas geringer geworden sein, weil einerseits in Ostdeutschland mehr Sonderzahlungen vereinbart und andererseits – und möglicherweise gewichtiger – in Westdeutschland übertarifliche Leistungen teilweise abgebaut worden sind.

[19]) Vgl. *Ziegler, A.*, Regionalpolitische Strategien in Ostdeutschland, in: WSI-Kurzmitteilungen 9/1994, S. 2.

[20]) Vgl. *Schwarze, J., Büchel, F.*, Wanderungen von Ost- nach Westdeutschland, in: DIW-Wochenbericht 9/1994, S. 128 ff., hier S. 129 Tabelle 4.

[21]) Vgl. dazu z. B. *WSI-Tarifarchiv*, Monatsbericht Ost, Juni 1994, S. II sowie *Bispinck, R., WSI-Tarifarchiv*, Tarifpolitisches Taschenbuch 1994, S. 188 bis 190 für die Bereiche Einzelhandel, Großhandel und öffentlicher Dienst.

[22]) In: DIW-Wochenbericht 15/1994, S. 209 ff., hier S. 213.

Meldungen zu den Verdienstdaten in *Ost*deutschland genauso zuverlässig sind wie in *West*deutschland. Aufschlüsse über die Entwicklung der effektiven Arbeitseinkommen in anderen Bereichen als Industrie und Handel usw. in *Ost*deutschland – oder auch über Mängel der Verdienststatistik selbst – lassen sich daher erst gewinnen, wenn Ergebnisse der Beschäftigten-Statistik über die individuellen *Entgelte* aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in *Ost*deutschland vorliegen werden. Entsprechende Entgeltdaten sind aber im Moment selbst für 1991 noch nicht verfügbar.

Eine letzte Relativierung des Ost-West-Verdienstvergleichs ist schließlich angebracht, weil der Rückstand der Verdienste im Osten bei gleichzeitig im Osten längerer durchschnittlicher Wochenarbeitszeit besteht; d. h. bei Umrechnung auf ein Stundenverdienstniveau ist der Einkommensabstand noch größer bzw. das erreichte Anpassungsniveau an den Westen noch geringer als oben ausgewiesen. Nach Angaben des *Statistischen Bundesamtes* ist das Anpassungsniveau auf Stundenbasis 1993 in der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau bei den Arbeitern um fast 6 Prozentpunkte niedriger[23]). Bemerkenswert dabei ist, daß dies fast 3 Prozentpunkte *mehr* als im Jahresdurchschnitt 1992 sind, denn von 1992 bis 1993 stieg bei den Arbeitern in *Ost*deutschland die durchschnittliche Zahl der bezahlten Wochenstunden wegen Überstunden von 40,9 auf 41,2 Stunden; dagegen sank sie gleichzeitig in *West*deutschland von 39,0 auf 38,0 Stunden im wesentlichen durch Abbau von Überstunden und Kurzarbeit in der Automobilindustrie.

Neben dem *Niveau*vergleich zwischen Ost und West interessiert auch ein *Struktur*vergleich der Arbeitseinkommen, der wie eben gesagt im wesentlichen auf der Basis der Verdienststatistik abgeleitet werden muß. Leider ist die Jahresverdienststatistik, die etwas mehr Informationen bietet als die Statistik der laufenden Monatsverdienste, immer noch mit einem großen time lag behaftet und erst für 1992 verfügbar[24]). Doch auch die letztere Statistik für 1993 bietet hinreichende Einblicke in die Verdienststruktur (s. die *Tabellen 9 und 10* für Arbeiter- bzw. für Angestellten-Verdienste)[25]). Generell ergibt der Strukturvergleich, daß sich die ostdeutschen Verdienstverhältnisse erstaunlich schnell und erstaunlich weit den westdeutschen Strukturen angenähert haben und teilweise gar nicht mehr weit davon entfernt sind. Die Unterschiede zwischen den Verdiensten der *Arbeiter* und den Verdiensten der *Angestellten* sind auch im Osten deutlich – am höchsten in der Investitionsgüter- und der Verbrauchsgüterindustrie, am geringsten dagegen in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Im Vergleich mit dem früheren Bundesgebiet hatte die Verdienstrelation der Arbeiter mit 70,8 vH allerdings einen höheren Wert als die Verdienstrelation der Angestellten mit 60 vH in 1993. Der Unterschied bestand bereits im Jahre 1991 und dürfte noch auf Auswirkungen der geringen Differenz in den Verdiensten zwischen Arbeitern und Angestellten in der ehemaligen DDR zurückzuführen sein.

Die Verdienstunterschiede zwischen den *Geschlechtern* sind ebenfalls im Osten groß, und sie werden seit 1991 größer: Arbeiterinnen verdienten 1991 in der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau noch 77 vH des Lohns ihrer männlichen Kollegen, 1993 waren es nur noch 73,4 vH. Im selben Bereich verdienten weibliche Angestellte 1991 78,0 vH des Gehalts ihrer männlichen Kollegen; 1993 waren es nur noch 75,5 vH. Weibliche Angestellte im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe verdienten 1991 noch 87,9 vH ihrer männlichen Kollegen; 1993 waren es nur noch 83,8 vH. Aber noch – wie lange noch? – sind diese Relationen günstiger als in *West*deutschland: um rund 2 Prozentpunkte bei den Arbeiterinnen in der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau, um rund 12 vH bei den weiblichen Angestellten in der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau sowie um fast 13 vH bei den Angestellten in Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe[26]). Alle diese Relationen enthalten wohlgemerkt keine Sonderzahlungen, deren Berücksichtigung den Ostanteil nach unten drücken würde.

Auch bei der Besetzung und der entsprechenden Bezahlung in den unterschiedlichen *Leistungsgruppen* spielen Frauen in Ostdeutschland eine weit größere Rolle als in *West*deutschland. Zum Beispiel waren in der höchsten Leistungsgruppe in den neuen Ländern mit 26,0 vH fast dreimal mehr Arbeiterinnen eingestuft als im früheren Bundesgebiet mit 8,9 vH. Auch sind bei den Arbeitern generell die oberen Leistungsgruppen stärker besetzt als in *West*deutschland, was wesentlich auf den deutlich geringeren Anteil von ungelernten Arbeitern und insbesondere von Arbeiterinnen zurückzuführen ist. So betrug 1993 der Anteil der weiblichen Arbeiterinnen in der untersten Leistungsgruppe (3) in der Industrie der neuen Bundesländer 21,0 vH, während in *West*deutschland mit 48,7 vH fast die Hälfte aller Frauen in dieser Leistungsgruppe ausgewiesen wird. Bei den Angestellten ist der Anteil von Frauen inner-

[23]) Vgl. *Kusch, H.*, Löhne und Gehälter in den neuen Ländern und Berlin-Ost, in: Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Juni 1994, S. 21 ff., hier S. 24.

[24]) Und teilweise schon wieder überholt aufgrund der raschen Veränderungen in Ostdeutschland; vgl. dazu die in Fußnote 18) genannte Veröffentlichung des *Statistischen Bundesamtes*.

[25]) Die beiden *Tabellen 9 und 10* und die folgenden zusammenfassenden Ausführungen sind entnommen *Kusch, H.*, a.a.O., S. 21 ff. Dort finden sich auch weitergehende Informationen wie ebenfalls bei *Heinlein, D.*, Ergebnisse der laufenden Lohnstatistik für 1993, in: Wirtschaft und Statistik 5/1994, S. 383 ff.

[26]) Zu einem langfristigen Vergleich der Arbeitseinkommen von Männern und Frauen im Westen s. zuletzt: *Manz, B., Bedau, K.-D*, Zur Einkommenslage der westdeutschen Arbeitnehmerinnen, in: DIW-Wochenbericht 38/1994, s. 653 ff.

Durchschnittliche effektive Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeiter in der Industrie nach Wirtschaftszweigen 1993
– ohne Sonderzahlungen, Männer und Frauen zusammen –

Tabelle 9

Wirtschaftszweige	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Verarbeitende Industrie = 100		Neue Länder und Berlin-Ost
			Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Früheres Bundesgebiet = 100
	DM		%		
Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk)	2 798	3 952	112,9	101,5	70,8
Industrie (ohne Bauindustrie)	2 597	3 919	104,8	100,7	66,3
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	3 222	4 736	130,0	121,7	68,0
Bergbau	3 335	4 051	134,6	104,1	82,3
Verarbeitende Industrie	2 478	3 892	100	100	63,7
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	2 553	4 155	103,0	106,8	61,4
darunter:					
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	2 864	4 255	115,6	109,3	67,3
Metallerzeugung und -bearbeitung (ohne NE-Metalle, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung)	2 460	4 048	99,3	104,0	60,8
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke, NE-Metallgießerei	2 518	4 011	101,6	103,1	62,8
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	2 400	4 334	96,9	111,4	55,4
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugnisse	2 435	4 324	98,3	111,1	56,3
Investitionsgüterindustrie	2 561	3 942	103,3	101,3	65,0
darunter:					
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	2 703	4 277	109,1	109,9	63,2
Maschinenbau, Lokomotivbau	2 569	3 999	103,7	102,7	64,2
Straßenfahrzeugbau; Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	2 487	4 291	100,4	110,3	58,0
Schiffbau	2 788	4 554	112,5	117,0	61,2
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	2 450	3 629	98,9	93,2	67,5
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	2 314	3 539	93,4	90,9	65,4
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	2 430	3 591	98,1	92,3	67,7
Verbrauchsgüterindustrie	2 232	3 516	90,1	90,3	63,5
darunter:					
Herstellung und Verarbeitung von Glas	2 404	3 814	97,0	98,0	63,0
Holzverarbeitung; Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u. ä.	2 261	3 679	91,2	94,5	61,5
Druckerei, Vervielfältigung	3 278	4 504	132,3	115,7	72,8
Herstellung von Kunststoffwaren	2 244	3 486	90,6	89,6	64,4
Textilgewerbe	1 919	3 198	77,4	82,2	60,0
Bekleidungsgewerbe	1 713	2 690	69,1	69,1	63,7
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	2 371	3 752	95,7	96,4	63,2
Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	3 172	4 175	128,0	107,3	76,0
Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe	–	–	–	–	–
Handel	–	–	–	–	–
Kredit- und Versicherungsgewerbe	–	–	–	–	–

Quelle: Statistisches Bundesamt (Verdienststatistik).

halb der Leistungsgruppen ebenfalls deutlich höher als im Westen.

Das Verdienst*gefälle* zwischen den *Wirtschaftszweigen* in *Ost*deutschland ist ebenfalls beachtlich; es ist bei den Arbeitern größer als bei den Angestellten. Außerhalb der verarbeitenden Industrie, also im Bergbau, in der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung sowie im Hoch- und Tiefbau waren die Abweichungen in *Ost*deutschland vom durchschnittlichen industriellen Verdienstniveau stärker als in *West*deutschland. In der verarbeitenden Industrie dagegen sind die Abweichungen der Brutto-Verdienste der einzelnen Zweige vom Durchschnitt ähnlich den Abweichungen im Westen. Auch „in der Rangfolge der Wirtschaftszweige nach der Höhe der Brutto-Monatsverdienste (bestehen) keine großen Unterschiede zwischen Ost- und *West*deutschland" im Jahr 1993[27]).

Beim Vergleich zwischen dem am Westen gemessenen Verdienstniveau einerseits[28]) und der Entwicklung von *Netto-Produktion* und *Arbeiter-Stunden* anderer-

[27]) *Kusch, H.*, Löhne und Gehälter . . ., a.a.O., S. 28.

[28]) Als Beispiel dient *Kusch* das Verdienstniveau der Arbeiter, ebenda S. 28 ff.

Durchschnittliche effektive Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Angestellten in Industrie, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe nach Wirtschaftszweigen 1993
– ohne Sonderzahlungen, Männer und Frauen zusammen –

Tabelle 10

Wirtschaftszweige	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Verarbeitende Industrie = 100		Neue Länder und Berlin-Ost
			Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Früheres Bundesgebiet = 100
	DM		%		
Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk)	3 464	5 774	107,0	99,9	60,3
Industrie (ohne Bauindustrie)	3 357	5 775	103,7	99,9	58,1
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	3 768	5 583	116,4	96,6	67,5
Bergbau	3 947	6 263	121,9	108,4	63,0
Verarbeitende Industrie	3 238	5 778	100	100	56,0
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	3 256	5 788	100,6	100,2	56,3
darunter:					
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	3 267	5 366	100,9	92,9	60,9
Metallerzeugung und -bearbeitung (ohne NE-Metalle, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung)	3 294	5 435	101,7	94,1	60,6
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke, NE-Metallgießerei	3 392	5 718	104,8	99,0	59,3
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	3 250	5 964	100,4	103,2	54,5
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugnisse	3 046	5 995	94,1	103,8	50,8
Investitionsgüterindustrie	3 392	6 012	104,8	104,0	56,4
darunter:					
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	3 388	5 744	104,6	99,4	59,0
Maschinenbau, Lokomotivbau	3 371	5 741	104,1	99,4	58,7
Straßenfahrzeugbau; Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	3 095	6 507	95,6	112,6	47,6
Schiffbau	3 673	6 030	113,4	104,4	60,9
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	3 527	6 161	108,9	106,6	57,2
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	3 406	5 411	105,2	93,6	62,9
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	3 121	5 204	96,4	90,1	60,0
Verbrauchsgüterindustrie	2 986	5 000	92,2	86,5	59,7
darunter:					
Herstellung und Verarbeitung von Glas	2 993	5 166	92,4	89,4	57,9
Holzverarbeitung; Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u. ä.	2 831	4 846	87,4	83,9	58,4
Druckerei, Vervielfältigung	3 470	5 538	107,2	95,8	62,7
Herstellung von Kunststoffwaren	3 125	5 173	96,5	89,5	60,4
Textilgewerbe	2 648	4 739	81,8	82,0	55,9
Bekleidungsgewerbe	2 476	4 323	76,5	74,8	57,3
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	2 719	5 199	84,0	90,0	52,3
Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	4 044	5 754	124,9	99,6	70,3
Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe	2 999	4 398	x	x	68,2
Handel	2 692	4 148	x	x	64,9
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3 199	4 822	x	x	66,3

Quelle: Statistisches Bundesamt (Verdienststatistik).

seits in den neuen Bundesländern zwischen 1991 und 1993 ergeben sich ebenfalls keine besonderen Auffälligkeiten. Dort, wo die Netto-Produktion und die Arbeiter-Stunden gleichzeitig zurückgegangen sind, liegt das Arbeiter-Verdienstniveau unter oder zumindest nahe beim Durchschnitt in der verarbeitenden Industrie Ost. Besonders stark unter dem Durchschnitt liegt das Verdienstniveau in den Bereichen Textilgewerbe, Zellstoff-, Holz-, Papier- und Pappe-Erzeugung sowie chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern). Vermißt hier jemand allerdings eine noch größere Kongruenz von Produktionsentwicklung bzw. Produktivitätsentwicklung einerseits sowie Verdienstentwicklung andererseits, so vergißt er gleichzeitig die durch die deutsche Wirtschafts- und Währungsunion vorgegebene soziale Funktion der Arbeitseinkommen im Sinne des Auftrags zur Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse in Deutschland. In anderen Wirtschaftszweigen, in denen die Netto-Produktion mehr oder weniger stark gestiegen ist, wärend die Arbeiter-Stunden nur wenig gestiegen oder sogar zurückgegangen sind, liegt das Arbeiter-Verdienstniveau teilweise weit über dem durchschnittlichen Verdienstniveau der verarbeitenden Industrie Ost, teilweise aber auch „nur

nahe“ am Durchschnitt. Besonders überdurchschnittlich ist es in den Zweigen Druckerei und Vervielfältigung, Elektrotechnik und Reparatur von elektrischen Geräten sowie Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden. In einigen von diesen Zweigen könnte dabei – gemessen an der Entwicklung von Netto-Produktion und Arbeiter-Stunden – aus rein ökonomischer Sicht das Verdienstniveau noch wesentlich höher ausfallen, wie z. B. bei der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden owie bei der Herstellung von Kunststoffwaren. Wenn die Lohnpolitik, und d. h. im Hintergrund letztlich die Tarifpolitik, diesen ökonomischen Möglichkeiten nicht bis zum letztmöglichen folgt, so zeigt sich hier eine andere Seite der sozialen Funktion von Einkommenspolitik und Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse. Insgesamt jedoch folgt die Verdienstentwicklung durchaus den ökonomischen Gegebenheiten der einzelnen Wirtschaftszweige mit ihren spezifischen Entwicklungsbedingungen.

Als Fazit des Strukturvergleichs der Verdienste in Ost und West ist noch einmal festzuhalten, daß die Unterschiede nicht mehr groß sind und die endgültige Anpassung von Ost an West nicht mehr allzu fern liegt. Das kann man von verschiedenen Positionen – insbesondere unter frauenpolitischer Sicht, aber auch aus anderen Sichtweisen – teilweise bedauern, weil die als Vorbild bzw. als Handlungsziel dominierenden westlichen Strukturen durchaus und teils gravierende Nachteile aufweisen[29]). Aus anderer Sicht und insbesondere aus Unternehmenssicht müßte diese Entwicklung jedoch begrüßt werden, weil sich damit die Arbeitseinkommen in *Ost*deutschland der sehr vielfältigen, nach Branchen und Regionen sowie Tätigkeiten differenzierenden, flexiblen Einkommensstruktur *West*deutschlands annähern. Doch das zuzugestehen fällt schwer, weil im Westen von Unternehmensseite und auch Politik immer noch dem unzutreffenden „Märchen vom starren Tarifkorsett“ gefrönt wird[30]). Tatsächlich scheint das Festhalten an diesem Märchen – an dem ja Forderungen nach stärkerer Differenzierung und Flexibilisierung der Arbeitseinkommen nach wie vor festgemacht werden – um so unverantwortlicher bzw. um so zynischer, als empirisch eine schon gestiegene und nicht etwa abnehmende Differenzierung konstatiert werden kann[31]):

„Eine neuere Analyse mit Daten der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit für die Jahre 1979, 1984 und 1989 ergibt

- einen deutlichen Anstieg der allgemeinen Lohndispersion,
- einen deutlichen Anstieg der interindustriellen Lohnunterschiede,
- hohe und tendenziell größer werdende Lohnunterschiede aufgrund von Ausbildungsmerkmalen und Erfahrung.

Die interindustrielle Lohndispersion in der Bundesrepublik Deutschland ist dieser Untersuchung zufolge erheblich höher als in Schweden, jedoch auch merklich geringer als in den USA. Da in den 80er Jahren in der Bundesrepublik eine starke Tendenz zu einer erhöhten Dispersion wirksam war, hat sich das deutsche System in Richtung auf das amerikanische zubewegt. Wenn eine niedrige Lohndispersion als Zeichen für einen verkrusteten Arbeitsmarkt angesehen werden kann, so wäre der bundesdeutsche Arbeitsmarkt also in dieser Zeitspanne deutlich flexibler geworden. Die von vielen geforderte Flexibilisierung hat demzufolge bereits faktisch stattgefunden“[32]). Diese Aussage wird gemacht für *West*deutschland auf der Basis von individuellen Arbeitseinkommen der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer, wie sie von den Betrieben an die Sozialversicherungsträger gemeldet werden müssen. Für *Ost*deutschland kann aufgrund von Daten aus Befragungen privater Haushalte im Rahmen des *SOEP* beim *DIW* für die Bruttoerwerbseinkommen dortiger Vollzeitbeschäftigter ergänzt werden: „In *Ost*deutschland hat die Disparität der Erwerbseinkommen von 1990 bis 1993 um 45 vH zugenommen und damit fast das westdeutsche Niveau erreicht“[33]).

4. Haushaltseinkommen sozialer Gruppen

Der Niederschlag der Erwerbseinkommens-Entwicklung von 1993 in den Haushaltseinkommen der sozialen Gruppen ist für dieses Jahr bisher empirisch schlechter nachvollziehbar als für die Vorjahre. So gibt es insbesondere für die in diesem Bericht früher regelmäßig dargestellten durchschnittlich verfügbaren bzw. ausgabefähigen Einkommen der privaten Haushalte in *Ost*- und *West*deutschland bisher keine entsprechenden Daten aus der amtlichen Statistik. Die vom *Statistischen Bundesamt* angekündigten Angaben über die verfügbaren Haushaltseinkommen in *West*deutschland im Rahmen der *VGR* 1993 lagen bis Redaktionsschluß dieses Heftes nicht vor; ihre Erstellung hat sich nach Angaben des *Bundesamtes* u. a. deshalb verzögert, weil auch die Daten der Vorjahre bis zurück zu 1972 einer umfangreichen Revision unterzogen werden, die z. B. auf die Einarbeitung der Ergebnisse der Einkommen- und Verbrauchstichprobe 1988 sowie der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1989 zurückgeht. Und für *Ost*deutschland scheint eine vergleichbare Haushaltseinkommens-Rechnung wie für *West*deutschland innerhalb der *VGR* nicht in Sicht; im Moment kann das *Statistische Bundesamt* selbst ein durchschnittliches Haushaltseinkommen aller Privathaushalte im Osten für 1993 nicht vorlegen.

Alternative Informationsquellen über die allgemeine bzw. durchschnittliche Einkommenssituation von ostdeutschen Haushaltsgruppen in 1993 stehen nicht mehr oder zur Zeit nicht zur Verfügung; dies gilt insbesondere für die drei regelmäßigen Befragungen von ostdeutschen Haushalten in Panel-Form. Diejenige mit der quantitativ größten Zahl befragter Haushalte im Panel, die aus DDR-Zeiten stammende „Statistik der Haushaltsbudgets“, ist Ende 1992 vom *Statistischen Bundesamt* – wie hier schon früher erwähnt – eingestellt worden. Das 1990 auf Ostdeutschland ausgedehnte *SOEP* beim *DIW* in Berlin bietet zuletzt Einkommensinformationen für das Frühjahr 1993 (und weicht ansonsten auch bei der Erfassung von Haushaltstypen wie beim ausgewiesenen Einkommensniveau relativ stark von den im *WSI*-Verteilungsbericht bisher benutzten Daten des erstgenannten Panels ab); die Auswertung der *SOEP*-Befragungswelle vom Frühjahr 1994 ist noch nicht abgeschlossen. Und die Ergebnisse des dritten, bisher wenig bekannten und ebenfalls seit vier Jahren existierenden Panels beim *Institut für Marktforschung* in Leipzig, das immerhin jeweils 1 000 von insgesamt 2 000 erfaßbaren ostdeutschen Haushalten vierteljährlich alternierend befragt, waren bis zum Redaktionsschluß dieses Beitrags auch nicht zugänglich[34]). Selbst eine Hochrechnung der für 1992 bekannten Einkommensdurchschnitte von Gruppen privater Haushalte auf 1993 mittels anderer verfügbarer Einkommensdaten wie etwa den laufenden Wirtschaftsrechnungen aus der amtlichen Statistik bietet sich nur bedingt an, weil die dort erfaßten Haushalte bzw. Haushaltstypen nur ca. 10 vH der ostdeutschen Haushalte repräsentieren dürften (obwohl dies deutlich mehr ist als in *West*deutschland).

Aber unabhängig von diesen Informationsdefiziten für 1993 liefert die laufende Verteilungsforschung für die letzte Zeit einschließlich 1993 einige Ergebnisse, insbesondere im Vergleich von *Ost*- und *West*deutschland. Mit einem allgemeinen Verteilungs- bzw. Dispersionsmaß hat z. B. das *DIW* auf der Basis von *SOEP*-Daten die Entwicklung der gesamten Einkommensverteilung seit der deutschen Vereinigung 1990 untersucht und eine stetige Zunahme der Ungleichheit für *Ost*deutschland bei relativer Konstanz für *West*deutschland konstatiert. Allerdings reicht die zugrundeliegende Datenbasis für den Westen nur bis Frühjahr 1992 und den Osten bis Frühjahr 1993[35]). Zu einzelnen Aspekten bzw. Ebenen der Einkommensverteilung liegen ebenfalls einige Arbeiten vor, insbesondere zur Armut bzw. zur Einkommensarmut und hier vor allem der von den Wohlfahrtsverbänden und dem *DGB* vorgelegte gemeinsame Armutsbericht[36]), der schon an anderer Stelle ausführlich gewürdigt wurde. Andere Armutsarbeiten können dessen Ergebnisse überwiegend bestätigen oder ergänzen[37]). Zwar scheint einerseits – ebenfalls auf Basis von *SOEP*-Daten – 1993 die Einkommensarmut in *Ost*deutschland nicht mehr zugenommen zu haben; allerdings gilt auch für diese Aussage der oben schon genannte zeitliche Bezugsrahmen vom Frühjahr 1993 und zusätzlich ein für 1993 „vorläufiger Hochrechnungsrahmen“[38]). Andererseits deuten Meldungen z. B. aus den *Mikrozensus*-Erhebungen darauf hin, daß sich gerade in Ostdeutschland zumindest in Teilbereichen die Einkommensarmut weiter verschärft.

So geht etwa aus dem Vergleich der *Mikrozensus*-Ergebnisse von April 1991 und April 1993 jeweils für *Ost*- und *West*deutschland hervor, daß der Anteil erwerbsloser *Alleinerziehender* an allen Alleinerziehenden im Osten von 11,1 vH auf 21,8 vH gestiegen ist und damit nicht nur ein deutlich höheres Niveau als die entsprechenden Verhältnisse im Westen aufweist (6,4 vH in 1991 und 8,0 vH in 1993), sondern auch eine besondere Dynamik. Wenn trotzdem „erst“ 1,6 vH der Alleinerziehenden im Osten in 1993 (nach 1,0 vH in 1991) ihren Lebensunterhalt überwiegend von Sozialhilfe bestreiten, während es im Westen mit 9,0 vH 1993 deutlich mehr sind, so ist dies kein Widerspruch. Denn schon 16,6 vH der ostdeutschen Alleinerziehenden bestreiten ihren Lebensunterhalt 1993 überwiegend von Arbeitslosengeld und -hilfe (1991 9,3 vH); dagegen sind es im früheren Bundesgebiet 1993 „nur“ 4,5 vH. Das heißt, ein großer Teil dieser Gruppe im Osten sind bei anhaltender Arbeitsmarktproblematik zukünftige Sozialhilfe-Empfänger; oder mit anderen Worten: nicht

[29]) Siehe dazu z. B. *Kurz-Scherf, I.*, Geschlechterkampf am Arbeitsmarkt? – Frauenperspektiven in Deutschland in: WSI-Mitteilungen 4/1992, S. 203 ff.; *Schäfer, C.*, Mindestlöhne: Mittel gegen Armut in der Arbeit?, in: Soziale Sicherheit 4/1994, S. 126 ff.

[30]) Vgl. z. B. *Bispinck, R.*, Struktur, Differenzierung und Flexibilität von Tarifsystem und Tarifeinkommen in Deutschland – Endbericht des Projekts „Tarifliche Lohnstrukturanalyse“ im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, erscheint demnächst.

[31]) Vgl. *Bellmann, L., Möller, J.*, Institutional Influences on Interindustry Wage Defferentials, Regensburger Diskussionspapiere zur wirtschaftswissenschaft Nr. 257, 12/1993.

[32]) *Möller, J.*, Ist der Arbeitsmarkt verknöchert?, in: WSI-Mitteilungen 6/1994, S. 357 ff., hier S. 362.

[33]) *Schwarze, J.*, Einkommensungleichheit im vereinten Deutschland, in: DIW-Wochenbericht 49/1993, S. 720 ff., hier S. 723.

[34]) Sie werden jedoch – neben anderen – vorgestellt werden können in einem Beitrag des Autors für den Anfang 1995 erscheinenden und von der *WSI*-Mitarbeitern *Dirk Nolte, Ralf Sitte, Alexandra Wagner* herausgegebenen Sammelband: Herstellung der wirtschaftlichen und sozialen Einheit Deutschlands – eine Bilanz.

[35]) Vgl. *Schwarze, J.*, Einkommensungleichheit . . ., a.a.O.,

[36]) *Hanesch, W. u. a.*, Armut in Deutschland – Der Armutsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Armut in Deutschland, Hamburg 1994.

[37]) Vgl. zu Armut und sozialer Ausgrenzung auch die Übersicht im Auftrag der EU-Kommission bei *Bellermann, M., Hanesch, W., Huster, E.-U., Krummenacher, M.*, Soziale Ausgrenzung in der Bundesrepublik Deutschland, Berichterstattung 1990–1994 im Rahmen des EC Observatory on Policies to Combat Sociel Exclusion, Bochum 1994 (unveröffentliches Manuskript).

[38]) Vgl. Krause, P., Einkommensarmut in Ostdeutschland nimmt nicht mehr zu„ in: DIW-Wochenbericht 51–52/1993, S. 750 ff.

Tabelle 11

Schichtung der privaten Haushalte[1]) nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen[2]) 1993
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

– alte Bundesländer –

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen[2])	Haushalte insgesamt		Selbständige/ Freiberuflich Tätige		Beamte		Angestellte		Arbeiter		Arbeitslose		Nichterwerbstätige[3])	
DM	in 1 000	in vH	in 1 000	in vH	in 1 000	in vH	in 1 000	in vH	in 1 000	in vH	in 1 000	in vH	in 1 000	in vH
Unter 800	633	2,2	/	/	/	/	/	/	/	/	(97)	(10,2)	429	4,0
800 – 999	956	3,4	/	/	/	/	(72)	(1,0)	/	/	(138)	(14,5)	698	6,6
1 000 – 1 199	674	2,4	/	/	/	/	(57)	(0,8)	/	/	78	8,2	512	4,8
1 200 – 1 399	911	3,2	/	/	/	/	(85)	(1,2)	/	/	(75)	(7,9)	647	6,1
1 400 – 1 599	1 253	4,5	/	/	/	/	(117)	(1,7)	(150)	(2,4)	(70)	(7,4)	884	8,3
1 600 – 1 799	1 478	5,3	/	/	/	/	219	3,1	(196)	(3,1)	(94)	(9,9)	934	8,8
1 800 – 1 999	1 161	4,1	(30)	(1,7)	/	/	236	3,4	(202)	(3,2)	(48)	(5,1)	629	5,9
2 000 – 2 199	1 446	5,1	(32)	(1,9)	(26)	(1,6)	310	4,4	329	5,3	(48)	(5,1)	702	6,6
2 200 – 2 499	2 719	9,7	(69)	(4,0)	82	5,1	570	8,1	788	12,6	(60)	(6,3)	1 150	10,8
2 500 – 2 999	3 103	11,0	115	6,7	120	7,5	684	9,8	953	15,3	72	7,6	1 159	10,9
3 000 – 3 499	2 700	9,6	123	7,2	138	8,6	655	9,3	904	14,5	(49)	(5,2)	831	7,8
3 500 – 3 999	2 516	8,9	129	7,6	210	13,0	725	10,3	773	12,4	(48)	(5,1)	631	5,9
4 000 – 4 499	1 964	7,0	119	7,0	173	10,8	643	9,2	596	9,5	(26)	(2,7)	407	3,8
4 500 – 4 999	1 632	5,8	133	7,8	185	11,5	586	8,4	428	6,9	(18)	(1,9)	282	2,6
5 000 – 5 499	1 227	4,4	103	6,0	146	9,1	462	6,6	285	4,6	(12)	(1,3)	219	2,1
5 500 – 5 999	875	3,1	105	6,2	115	7,1	349	5,0	154	2,5	/	/	145	1,4
6 000 – 6 999	1 184	4,2	162	9,5	162	10,0	501	7,1	169	2,7	/	/	186	1,7
7 000 – 7 499	463	1,6	70	4,1	63	3,9	211	3,0	(59)	(0,9)	/	/	58	0,5
7 500 – 9 999	857	3,0	201	11,8	113	7,0	366	5,2	(72)	(1,1)	/	/	104	1,0
10 000 – 24 999	380	1,4	190	11,1	24	1,5	123	1,8	/	/	/	/	(34)	(0,3)
25 000 – 34 999	(22)	(0,1)	(20)	(1,2)	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
– Insgesamt	28 155	100,0	1 704	100,0	1 609	100,0	7 003	100,0	6 246	100,0	950	100,0	10 643	100,0

1) Ohne Haushalte von Landwirten, ohne Haushalte in Anstalten und ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von 35 000 DM und mehr. – 2) Selbsteinstufung der Haushalte. – 3) Einschließlich Haushalte von Rentnern, Pensionären, Sozialhilfeempfängern.

Quelle: Statistisches Bundesamt (EVS 1993).

nur die gegenwärtige Einkommensarmut von erwerbslosen Alleinerziehenden, sondern auch ihr Potential an verschärften „Armutskarrieren" ist dort deutlich größer als im Westen. Dasselbe gilt übrigens auch für Ehepaare mit Kindern in *Ost*deutschland und damit für die wie im Westen größte Familiengruppe überhaupt: Im Osten gibt es 1993 zwar noch keine Ehepaare mit Kindern, die überwiegend von Sozialhilfe leben (im Westen sind es 0,9 vH aller Ehepaare mit Kindern); aber es sind schon 6,0 vH (nach 4,8 vH in 1991) dieser Familiengruppe, die überwiegend von Arbeitslosengeld und -hilfe leben, während es im Westen 1993 „nur" 3,0 vH sind[39]).

Auch aktuellere Meldungen aus verschiedenen Quellen einschließlich Behörden über die Entwicklung in einzelnen Regionen und Städten *Ost*deutschlands deuten dort auf einen kräftigen Anstieg der Sozialhilfe-Empfänger und auch eine sonst verschärfte Einkommensarmut etwa in Verbindung mit einem steigenden Verschuldungsgrad hin[40]). Die amtliche *Sozialhilfe-Statistik* hinkt dagegen mit ihren verfügbaren Ergebnissen zeitlich weit zurück und kann erst Angaben für 1992 in Ost und West präsentieren[41]). Doch gerade die Armut von Sozialhilfeempfängern und -bedürftigen ist möglicherweise bisher unterschätzt worden, wie eine Bielefelder Armutsstudie nahelegt, die die – offensichtlich einmalige – Datenbank des Bielefelder Sozialamts mit individuellen Angaben über Sozialhilfeempfänger nutzt und so auch – etwa im Gegensatz zur amtlichen Sozialhilfestatistik – die Dauer des Sozialhilfebezugs oder wiederholte Bezüge verfolgen konnte. Selbst im Vergleich zum *SOEP*, das ebenfalls Längsschnittanalysen durch mittelfristige Beobachtung derselben Haushalte und möglicher Armut erlaubt, deuten die Bielefelder Untersuchungsergebnisse auf ein deutlich höheres als bisher unterstelles Armutsniveau hin[42]).

Ein wenig wettgemacht wird die derzeit etwas unbefriedigende Datensituation über die durchschnittliche

[39]) Vgl. zu diesen und anderen Angaben *Dabbert, E., König, E.*, Erwerbsbeteiligung und Einkommensverhältnisse der Familien in den neuen Ländern und Berlin-Ost, in: Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, August 1994, S. 14 ff., insbesondere S. 17, Tabelle 6 und S. 19, Tabelle 7.

[40]) Vgl. *Frankfurter Rundschau*, Das fünfte Jahr der Mark beginnt – Unterschiede im Portemonnaie werden kleiner, vom 25. 6. 1994, sowie dieselbe, Immer mehr Ostdeutsche sind auf Sozialhilfe angewiesen, vom 19. 8. 1994.

[41]) Vgl. *Beck, M.*, Sozialhilfe-Empfänger 1992, in: Wirtschaft und Statistik 7/1994, S. 557 ff.

[42]) Vgl. *Andreß, H.-J. u. a.*, Zwischenbericht des DFG-Projekts: Versorgungsstrategien privater Haushalte im unteren Einkommensbereich, Bielefeld 1993 (unveröffentlichtes Manuskript). Auszüge sind von denselben Autoren veröffentlicht worden als „Arme Familien finanzieren sich etwa zur Hälfte über Lohn und Gehalt – Über die Versorgungsstrategien privater Haushalte im unteren Einkommensbereich, in: Frankfurter Rundschau vom 4. 8. 1994. –. Möglicherweise sind Haushalte von Sozialhilfeempfängern oder auch einkommensarme Haushalte im *SOEP* unterrepräsentiert – wie dies im *SOEP* auch der Fall ist für die Bezieher unterer Arbeitseinkommen im Zusammenhang mit der Frage nach dem Ausmaß von working poor. – Vgl. *Berntsen, R.*, Einkommensanalysen mit den Daten des Sozio-ökonomischen Panels unter Verwendung von generierten Einkommensdaten, in: Arbeitspapier Nr. 291, Sonderforschungsbereich 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim, Frankfurt/Main 1989, S. 32 f.

Tabelle 12

Schichtung der privaten Haushalte[1]) nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen[2]) 1993
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

– neue Bundesländer –

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen[2])	Haushalte insgesamt		Selbständige/ Freiberuflich Tätige		Beamte		Angestellte		Arbeiter		Arbeitslose		Nichterwerbstätige[3])	
DM	in 1 000	in vH	in 1 000	in vH	in 1 000	in vH	in 1 000	in vH	in 1 000	in vH	in 1 000	in vH	in 1 000	in vH
Unter 800	294	4,5	/	/	/	/	/	/	/	/	(57)	(10,4)	(196)	(7,8)
800 – 999	602	9,1	/	/	/	/	/	/	/	/	(106)	(19,2)	451	17,9
1 000 – 1 199	285	4,3	/	/	/	/	(28)	(1,8)	/	/	(33)	(6,0)	184	7,3
1 200 – 1 399	389	5,9	/	/	/	/	(43)	(2,8)	(71)	(4,2)	(29)	(5,3)	241	9,6
1 400 – 1 599	521	7,9	/	/	/	/	(77)	(5,0)	(103)	(6,1)	(45)	(8,1)	284	11,3
1 600 – 1 799	613	9,3	/	/	/	/	119	7,8	(118)	(7,0)	(55)	(9,9)	309	12,3
1 800 – 1 999	320	4,8	/	/	/	/	51	3,3	(75)	(4,4)	(36)	(6,5)	140	5,6
2 000 – 2 199	409	6,2	/	/	/	/	75	4,9	(110)	(6,5)	(34)	(6,1)	173	6,9
2 200 – 2 499	785	11,9	/	/	/	/	168	11,0	291	17,2	47	8,5	256	10,2
2 500 – 2 999	785	11,9	/	/	/	/	221	14,4	330	19,5	52	9,3	148	5,9
3 000 – 3 499	562	8,5	/	/	/	/	199	13,0	223	13,2	29	(5,3)	64	2,5
3 500 – 3 999	480	7,3	/	/	(12)	(20,5)	218	14,2	166	9,8	(14)	(2,5)	37	1,5
4 000 – 4 499	237	3,6	/	/	(3)	(5,2)	124	8,1	67	4,0	(9)	(1,6)	(16)	(0,6)
4 500 – 4 999	137	2,1	/	/	(3)	(4,6)	75	4,9	(32)	(1,9)	/	/	/	/
5 000 – 5 499	84	1,3	/	/	(1)	(2,5)	44	2,9	(18)	(1,1)	/	/	/	/
5 500 – 5 999	39	0,6	/	/	/	/	24	1,6	/	/	/	/	/	/
6 000 – 6 999	40	0,6	/	/	/	/	18	1,1	/	/	/	/	/	/
7 000 – 7 499	(13)	(0,2)	/	/	/	/	(8)	(0,5)	/	/	/	/	/	/
7 500 – 9 999	(14)	(0,2)	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
10 000 – 24 999	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
25 000 – 34 999	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
– Insgesamt	6 612	100,0	264	100,0	56	100,0	1 532	100,0	1 690	100,0	553	100,0	2 516	100,0

1) Ohne Haushalte von Landwirten, ohne Haushalte in Anstalten und ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von 35 000 DM und mehr. – 2) Selbsteinstufung der Haushalte. – 3) Einschließlich Haushalte von Rentnern, Pensionären, Sozialhilfeempfängern.

Quelle: Statistisches Bundesamt (EVS 1993).

Einkommenslage der sozialen Haushaltsgruppen in 1993 durch eine nach Jahren erstmals wieder zur Verfügung stehende Einkommens*schichtung* im Rahmen der *Einkommen- und Verbrauchstichprobe (EVS)* 1993, die auch zum ersten Mal eine entsprechende Schichtung für Ostdeutschland enthält (s. die *Tabellen 11 und 12)*[43]). Die hier präsentierten Daten müssen jedoch aus mehreren Gründen als vorläufig angesehen und entsprechend vorsichtig interpretiert werden. Die Schichtung für 1993 ist erfolgt aufgrund der *Selbst*einschätzung bzw. *Selbst*einstufung der befragten Haushalte in vom *Statistischen Bundesamt* (im Fragebogen) vorgegebene Netto-Einkommensgrößenklassen. Nach aller Erfahrung dürfte aber die Selbsteinstufung der Haushalte, die genau im *Januar* 1993 erfolgte, das Niveau ihres tatsächlichen Haushaltseinkommens unterschätzen, weil z. B. Einkommensbestandteile wie etwa Sonderzahlungen vergessen wurden oder auch einzelne Einkommensbezieher bzw. Einkommensquellen innerhalb des Haushaltes unberücksichtigt blieben. Auch kann vom Auskunftsmonat Januar kaum zuverlässig auf das bevorstehende Jahreseinkommen geschlossen werden. Das heißt: im Laufe des Befragungsjahres erfolgende Einkommenserhöhungen oder Einkommenssonderzahlungen oder einmalige Vermögensübertragungen können in die Einkommensangabe des Monatseinkommens Januar noch gar nicht eingehen. Aufgrund der Selbsteinstufung in vorgegebene Einkommensgrößenklassen bzw. umgekehrt wegen des Fehlens von singulären Einkommensniveau-Angaben ist auch die Berechnung von Einkommensdurchschnitten für einzelne Haushaltsgruppen oder alle privaten Haushalte zusammen noch nicht möglich.

Schließlich ist – aber das gilt unabhängig von der Vorläufigkeit der Einkommensdaten – auch der Vergleich zwischen Ost und West nur bedingt sinnvoll, erst recht nicht innerhalb derselben Einkommensgrößenklasse, weil die generellen Einkommensniveaus beider Regionen noch zu unterschiedlich sind. Es ist allerdings ohne große Einschränkungen ein Vergleich der Bereitschaft zur Teilnahme und Auskunft im Rahmen der *EVS* 1993 zwischen Ost und West möglich: Sie nimmt auf beiden Seiten mit zunehmend hohem Einkommen ab, so daß trotz des allgemein allein wegen der Inflation gestiegenen Einkommensniveaus in der obersten Einkommensgrößenklasse (zwischen 25 000 und 35 000 DM) selbst im Westen weniger als 100 Haushalte befragt werden konnten (weshalb – und wegen der damit verbundenen Fehlermöglichkeiten bei der Hochrechnung – diese und vergleichbare Ergebnisse in den beiden Tabellen in Klammern stehen). In *Ost*deutschland sogar ist bei Selbständigen und selbst bei Beamten in allen Einkommensgrößenklassen so gut wie keine bzw. eine sehr geringe Bereitschaft zur Teilnahme und

[43]) Die Daten wurden dem WSI freundlicherweise vom Statistischen Bundesamt, Zweigstelle Berlin, zur Verfügung gestellt.

Auskunft erkennbar (s. *Tabelle 12*). Die wird für die Interpretation der Ost-Einkommensverteilung auch nach Ablauf und Auswertung aller Befragungsmonate und des Schlußinterviews besondere Bedeutung bekommen. Von diesen Einschränkungen abgesehen können jedoch die beiden Tabellen ein ungefähres Bild von der aktuellen Einkommensverteilung in West- und *Ost*deutschland vermitteln.

5. „Gerechtigkeitslücken": Moralisch, sozial und politisch bedenklich, . . .?

Immer wichtiger wird nun die Frage – auch vor dem Hintergrund der in der Einleitung angesprochenen bevorstehenden verteilungspolitischen Entscheidungen –, wie die Verteilungssituation und vor allem die Verteilungsentwicklung zu bewerten ist. Dabei spielt weniger die kurzfristige Entwicklung von einem Jahr zum anderen eine Rolle, als das insgesamt erreichte Ausmaß an ungleicher Verteilung in mittelfristiger und langfristiger Sicht. Verständlicherweise kann eine solche Bewertung schwerlich auf der Basis von Durchschnittseinkommen, seien sie Haushaltseinkommen oder individuelle Einkommen, vorgenommen werden – so sehr sich auch beispielsweise aus wachsenden Abständen von Durchschnittseinkommen dahinterstehende Disparitäten andeuten und große Streuungen der Einkommen vermuten lassen. Deshalb wird, weil eben meist keine aktuelle Schichtung von Einkommensdaten vorliegt, wissenschaftlich und politisch zumindest dem unteren und neuerdings auch dem oberen Rand der Einkommenspyramide im Rahmen spezieller Untersuchungen Aufmerksamkeit geschenkt, um daraus im Vergleich Bewertungen ableiten zu können. Insbesondere die Erforschung der Armut bzw. der untersten Stufe der Einkommenspyramide außerhalb von Erwerbstätigkeit wie innerhalb (working poor) hat in den letzten Jahren stark zugenommen und in Form von Einzelanalysen wie auch von „Armutsberichten" mit umfassendem Anspruch wichtige Erkenntnisse gebracht. Während dadurch die „verschämte" Armut – die sich teilweise selber schämt, der sich aber vor allem die Gesellschaft bis heute geschämt und durch Verdrängen und Verniedlichen erwehrt hat – wesentlich transparenter geworden ist, beginnt erst in letzter Zeit auch die Erforschung der obersten Stufen der Einkommenspyramide im Zusammenhang mit einem mehr oder weniger weitgefaßten „Reichtums"-Begriff[44]). Die noch geringe Transparenz paart sich dabei mit einer noch schlechteren empirischen Datenlage als bei der Armutsfrage, was u. a. mit dem Diskretionsstreben der Reichen angesichts eines öffentlich möglicherweise als „unverschämt" erscheinenden Reichtums, aber auch mit staatlichem Diskretions-Schutz zu tun hat. Ein Indiz dafür ist z. B. die schon mit der *EVS* erwähnte, bei zunehmender Einkommenshöhe – und auch Vermögensbeständen – nachlassende bzw. fehlende Auskunftsbereitschaft selbst in anonymen amtlichen Befragungen. Doch schon der bisherige Stand der „Reichtums"-Forschung läßt trotz der empirischen und methodischen Probleme ein beachtliches Ausmaß an Reichtum erkennen wie auch die unterstützende Rolle des Staates bei der Konzentration von Einkommen und Vermögen in relativ wenigen Händen, die insbesondere mit dem faktischen „Quellensteuer"-System zu Lasten der Arbeitnehmer und dem „Gestaltungssteuer"-System zugunsten von Unternehmen, Selbständigen und Vermögenden zu tun hat[45]).

Hier wird ein anderer, relativ einfacher Versuch unternommen, das Ausmaß und die Entwicklung von Ungleichheit nicht aufgrund einzelner Indikatoren zu Armut oder Reichtum, sondern auf der Grundlage der gesamten Einkommensverteilung für private Haushalte vorzunehmen. Gelegenheit bieten die ersten Ergebnisse der *EVS* 1993 für *West*deutschland im Rahmen einer Einkommenschichtung (s. die *Tabelle 11*), die mit den entsprechenden westdeutschen *EVS*-Daten für 1983 und 1988 verglichen werden können[46]). Durch die Einkommenspyramiden der drei genannten Jahre wurde zur Verdeutlichung von Einkommensdisparitäten bzw. von „sozialer Polarisierung" je eine Armuts- und eine Reichtumsschwelle gelegt, deren Unterschreiten bzw. Überschreiten durch monatliche Haushaltseinkommen die jahresspezifische Anzahl der als „arm" bzw. als „reich" geltenden Einkommensbezieher ergibt. Als arm wird bezeichnet, wer 50 vH und weniger des durchschnittlichen Einkommens aller privaten Haushalte im jeweiligen Jahr bezieht – als reich, wer 200 vH und mehr des Durchschnitts bezieht. Diese Armuts-Definition folgt einer in der Wissenschaft wie in der Politik, auch auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaften, geläufigen Konvention; die Reichtums-Definition folgt einem plausiblen Vorschlag von *Ernst-*

[44]) Vgl. *Huster, E.-U.* (Hrsg.), Reichtum in Deutschland – Der diskrete Charme der sozialen Distanz, Frankfurt/Main 1993 sowie derselbe, Neuer Reichtum und alte Armut, Düsseldorf 1993.

[45]) Vgl. dazu z. B. *Eißel, D.*, Reichtum unter der Steuerschraube? – Staatlicher Umgang mit hohen Einkommen und Vermögen, in Huster, E.-U. (Hrsg.), Reichtum in Deutschland . . ., a.a.O., S. 84 ff.

[46]) Die Vergleichbarkeit der Jahre ist allerdings wegen unterschiedlich erfaßter Einkommen wie unterschiedlich einbezogener Haushaltsbereiche eingeschränkt: Auf die mit der Selbsteinstufung der Haushalte bei den Einkommen 1993 und die mit dem Auskunftsmonat Januar 1993 verbundene tendenzielle Unterschätzung des 1993er Einkommensniveaus ist oben in Abschnitt 4. schon hingewiesen worden; dagegen beruhen die *EVS*-Einkommenschichtungen für 1983 und 1988 auf den detailliert geführten Haushaltsbüchern für zwölf Monate und dem Schlußinterview der Befragten zu allen Einkommensbeziehern und Einkommensquellen im Haushalt. Schließlich sind 1993 *neben* deutschen Haushalten im Gegensatz zu 1983 und 1988 auch *ausländische*, in Deutschland lebende Haushalte einbezogen worden, deren Befragungsergebnisse allerdings nicht separierbar sind. Insofern ist davon auszugehen, daß der untere Teil der allgemeinen Einkommenspyramide durch die Einkommen der ausländischen Haushalte im Vergleich zu 1983 und 1988 gestärkt wird, weil letztere Einkommen überwiegend ebenfalls ein unteres bis mittleres Niveau aufweisen dürften.

Tabelle 13

Einkommens-„Armut" und -„Reichtum" bei den privaten Haushalten[1]) 1983–1993[8])
– alte Bundesländer –

Jahr/Einkommensschwelle[2][3])	Haushalte insgesamt		Selbständigenhaushalte				Arbeitnehmerhaushalte						Nichterwerbstätigenhaushalte			
			Landwirte		Sonstige Selbständige		Beamte		Angestellte		Arbeiter		Arbeitslose		Sonstige Nichterwerbstätige[9])	
	Anteile an Population[6])	Einkommen[7])	Anteile an Population[6])	Einkommen[7])	Anteile an Population[6])	Einkommen[7])	Anteile an Population[6])	Einkommen[7])	Anteile an Population[6])	Einkommen[7])	Anteile an Population[6])	Einkommen[7])	Anteile an Population[6])	Einkommen[7])	Anteile an Population[6])	Einkommen[7])
1983																
– Armut[2]) (1 846 DM)[4])	24,6	9,2	–	–	(3,9)	(0,8)	(3,2)	(1,0)	8,6	3,0	8,5	3,6	57,5	33,0	48,0	26,1
– Reichtum[3]) (7 384 DM)[4])	5,1	14,6	(5,1)	(10,4)	27,5	49,2	9,2	17,0	8,8	18,7	(1,6)	(3,8)	–	–	1,3	5,5
1988																
– Armut[2]) (2 158 DM)[4])	28,5	11,4	–	–	(4,5)	(1,1)	(3,6)	(1,2)	13,0	4,7	13,4	5,9	64,6	40,4	49,0	27,4
– Reichtum[3]) (8 634 DM)[4])	4,5	13,5	(8,0)	(16,0)	28,6	50,2	8,0	15,3	7,4	16,8	(1,1)	(2,9)	–	–	1,1	4,6
1993[5])																
– Armut[2]) (2 396 DM)[4])	36,5	–	–	–	(5,2)	–	4,9	–	20,9	–	22,2	–	(72,4)	–	58,2	–
– Reichtum[3]) (9 584 DM)[4])	2,0	–	–	–	(14,3)	–	2,7	–	2,7	–	(0,2)	–	–	–	0,5	–

1) Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben; 1983 und 1988 nur deutsche Haushalte, 1993 deutsche und ausländische Haushalte zusammen; 1993 ohne Haushalte von Landwirten; in allen Jahren ohne Haushalte, die in Anstalten leben, und ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushalts-Nettoeinkommen von 25 000 DM und mehr (1983 und 1988) bzw. 35 000 DM und mehr (1993). – 2) Relative Armut liegt nach dieser Definition vor, wenn das Einkommen der Haushalte 50 vH und weniger des durchschnittlichen Einkommens aller privaten Haushalte unabhängig von ihrer sozialen Stellung beträgt. Als Einkommensbegriff wird hier für 1983 und 1988 das „ausgabefähige" Einkommen nach EVS zugrunde gelegt, das zusätzlich zum Nettoeinkommen auch Vermögensübertragungen enthält, die 2 000 DM im Jahr pro Haushalt übersteigen; Vermögensübertragungen unterhalb dieser Grenze sind im Nettoeinkommen der EVS bereits enthalten. Für 1993 ist ein vergleichbares Einkommen noch nicht darstellbar. – 3) Relativer Reichtum liegt nach dieser Definition vor, wenn das Einkommen der Haushalte das Doppelte oder mehr des durchschnittlichen Einkommens aller privaten Haushalte unabhängig von ihrer sozialen Stellung beträgt. Zum Einkommensbegriff siehe Fußnote 2). – 4) Das arithmetische Durchschnittseinkommen aller Haushalte als Bezugsgröße von „Armut" und „Reichtum" wird nicht wie die anderen Einkommensdaten aus der EVS entnommen, sondern – wegen der tendentiell höheren Repräsentativität – der VGR des Statistischen Bundesamtes, genauer: den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte insgesamt ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. – 5) Ermittelt vom WSI durch Interpolation in den vorgegebenen und von den Haushalten durch Selbsteinstufung gewählten EVS-Einkommensgrößenklassen. – 6) Prozentsatz aller armen bzw. reichen Haushalte an der Gesamtzahl der Haushalte in der jeweiligen Haushaltsgruppe. – 7) Anteil des von allen armen bzw. reichen Haushalten bezogenen Einkommens am gesamten Einkommen der jeweiligen Haushaltsgruppe. – 8) Die Klammern bedeuten, daß der Aussagewert eingeschränkt ist, weil in einer Einkommensgrößenklasse (oder jeweils in mehreren, hier zusammengefaßten) nur zwischen 25 bis 99 Haushalte in der Befragung erfaßt wurden und von einem relativ hohen Standardfehler auszugehen ist. – 9) Einschließlich Sozialhilfe-Haushalte.

Quelle: Statistisches Bundesamt (EVS 1983, 1988, 1993 sowie VGR). – Berechnungen des WSI.

Ulrich Huster, der damit „sehr großen Wohlstand" bzw. eine Haushaltssituation des „blendend-gehens" umschreiben will[47]). Neben den *Schwellenwerten* von Bedeutung ist schließlich auch der Einkommens*durchschnitt* als *Bezugsmaßstab*, der als arithmetisches Mittel aller Haushaltseinkommen die Schiefe der Einkommensverteilung und damit auch Relationen bzw. Spannungen zwischen „unten" und „oben" in der Einkommenspyramide widerspiegelt. Das benutzte Disparitäten-Instrument ist also ein relatives Maß.

Der Einkommensdurchschnitt aller privaten Haushalte wird jedoch *nicht* aus den Ergebnissen der *EVS* selbst entnommen, weil diese aus Gründen fehlender Auskunftsbereitschaft bei den Beziehern großer Einkommen die Haushalts-Nettoeinkommen oberhalb von 25 000 DM im Monat bzw. 35 000 DM im Monat (für 1993) gar nicht mehr erfassen und damit die Spitze der Einkommenspyramide bzw. die „besonders Reichen" gar nicht abbilden kann. Diese Spitze wird aber im Rahmen der *VGR* des *Statistischen Bundesamtes* bei der Ermittlung der verfügbaren Haushaltseinkommen auf dem Schätzweg einzurechnen versucht[48]), wenn auch nur auf der – hier für den benötigten Vergleichsmaßstab ausreichenden – Ebene des Durchschnittseinkommens aller Haushalte; entsprechend höher fallen – bei gleicher Einkommensdefinition – die aus der *VGR* ermittelbaren Durchschnittseinkommen im Vergleich zu denen der *EVS* 1983 und 1988 aus (für 1993 kann wegen der Selbsteinstufung der Haushalte in Einkommensgrößenklassen noch kein Durchschnitts-

[47]) Vgl. *Huster, E.-U.*, Neuer Reichtum . . ., a.a.O., S. 56.

[48]) Vgl. *Spies, V., u. a.*, Verfügbares Einkommen nach Haushaltstypen – Revidierte Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Jahre 1972 bis 1991, in: Wirtschaft und Statistik 7/1992, S. 418 ff., hier S. 426. Ob die Schätzung der Einkommensspitze durch das *Statistische Bundesamt* befriedigend ist, soll und kann hier – schon wegen fehlender Transparenz der Schätzmethoden beim *Bundesamt* – nicht diskutiert werden; die oben im Abschnitt 2. erwähnte Kritik von *Oskar de la Chevallerie* an der VGR bei der Ermittlung von Gewinneinkommen dürfte jedoch auch in diesem Zusammenhang von Bedeutung sein, zumindest bei der Verteilung des Gesamteinkommens der privaten Haushalte auf die einzelnen sozialen Gruppen. Allerdings betont auch das *Statistische Bundesamt* zu seinen VGR-Haushaltseinkommen, daß aus verschiedenen Gründen die „Daten als Ergebnisse einer Modellrechnung aufzufassen (sind), die mit größeren Unsicherheiten behaftet sind, als dies in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ansonsten üblicherweise der Fall ist" – so *Spies*, V., u.a., a.a.O., S. 419.

einkommen für die EVS-Haushalte bestimmt werden). Weitere methodische Aspekte der Berechnung sollen hier nur angedeutet werden[49]).

Die Ergebnisse der Rechnung (die für 1983 und 1988 auf einer *EVS*-Sonderauswertung des *Statistischen Bundesamtes* im Auftrag des *WSI* beruhen, für 1993 vom WSI auf Basis der Selbsteinschätzung der Haushalte in den vorgegebenen Einkommensgrößenklassen per Interpolation bestimmt wurden) sind in *Tabelle 13* dargestellt. Das dargestellte Verteilungsmaß ist wie gesagt ein relativ einfaches Instrument[50]). Auch ist ein Vergleich der Ergebnisse für 1983 und 1988 einerseits und für 1993 andererseits aus den oben genannten Gründen eingeschränkt[51]). Trotzdem vermittelt dieses Maß, insbesondere für 1983 und 1988, einen Eindruck über die Ungleichheit der Einkommensverteilung.

Relativ hoch und zugleich im Zeitverlauf angestiegen ist bei allen privaten Haushalten das Ausmaß derer, die 50 vH und weniger des Einkommensdurchschnitts aller Haushalte beziehen: Schon 1983 war es knapp ein Viertel aller Haushalte, 1988 sind es bereits 28,5 vH aller Haushalte. Der weitere Anstieg auf sogar mehr als ein Drittel in 1993 dürfte allerdings die Entwicklung überzeichnen, nicht zuletzt wegen der erstmaligen Einbeziehung von Ausländerhaushalten in die *EVS*. Allerdings bedeutet das Fehlen von ausländischen Haushalten in der *EVS* 1983 und auch 1988, daß dort das Ausmaß von Einkommens-Armut mit den in der Tabelle genannten Daten eher *unter*zeichnet wird. Der Anteil aller Armenhaushalte am Gesamteinkommen aller privaten Haushalte hat sich mit dem Zuwachs der Armut zwar auch erhöht – von 9,2 vH in 1983 auf 11,4 vH in 1988 –, aber eine spürbare Veränderung der relativen Einkommensposition des durchschnittlichen Armenhaushalts ist damit, wie weitere in der Tabelle nicht enthaltene Berechnungen zeigen, nicht verbunden gewesen. Am oberen Ende der Einkommenspyramide dagegen ist die Konzentration auf Einkommens-Reichtum wesentlich stärker; und in der Tendenz hat sie ebenfalls zugenommen. Nur 5,1 vH aller privaten Haushalte in 1983, 4,5 vH in 1988 und gar nur 2,0 vH in 1993 können zu den Einkommens-Reichen gezählt werden. Der Anteil dieser Reichen am gesamten Einkommen aller privaten Haushalte nimmt zwar leicht ab von 1983 bis 1988, aber ebensowenig wie bei den Einkommens-Armen ist damit eine spürbare Veränderung der relativen Position des durchschnittlichen Reichenhaushalts verbunden. Dabei ist die Entwicklung beim Einkommens-Reichtum von 1988 auf 1993 sicherlich ebenfalls überzeichnet bzw. sind 2,0 vH in 1993 eher zu wenig.

Der wesentliche Grund dafür dürfte die Selbsteinstufung der privaten Haushalte bei ihren 1993er Einkommen im Rahmen der *EVS* sein, insbesondere bei den Selbständigen-Haushalten, deren Einkommen im Januar 1993 selbst bei gewissenhafter Selbsteinstufung ein unzulänglicher Indikator für das bevorstehende Jahreseinkommen gewesen ist. Ein kräftiges Indiz dafür liefert die Tabellenspalte über die Einkommenssituation der „sonstigen Selbständigen". Danach können 1983 und 1988 fast drei Fünftel aller Selbständigen (27,5 vH bzw. 28,6 vH) zu den Reichen gezählt werden, während für 1993 diese Reichtums-Population bei den Selbständigen auf genau die Hälfte absinkt. Im Gegensatz zu den Selbständigen verläuft bei allen anderen Haushaltsgruppen die Entwicklung von Armut und Reichtum ohne Brüche in eine eindeutige Richtung: Die Gruppe der jeweils Armen nimmt zahlenmäßig zu, der jeweils Reichen in jeder Haushaltsgruppe nimmt zahlenmäßig ab. Die Anteile dieser Armuts- und Reichtums-Gruppen am Gesamteinkommen der jeweiligen Haushaltegruppe nehmen entsprechend zu bzw. ab. Nicht verwunderlich ist, daß bei den Haushalten von Arbeitslosen und sonstigen Nichterwerbstätigen der Anteil der Armen besonders hoch ausfällt. Letztere schließen auch die Sozialhilfe-Haushalte und viele schlecht gesicherte Rentner-Haushalte ein, darunter insbesondere Ein-Personen-Rentnerinnen-Haushalte.

[49]) Die nicht deckungsgleichen Einkommensbegriffe von *EVS* und *VGR* wurden für die drei *EVS*-Erhebungsjahre unterschiedlich angenähert. Für 1983 und 1988 wurde im Rahmen der *EVS*-Einkommenschichtung das ausgabefähige Einkommen zugrunde gelegt, das etwas höher ausfällt als das Haushalts-Nettoeinkommen; letzteres unterscheidet sich vom EVS-Bruttoeinkommen durch die direkten Steuern und die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung. Für dieselben beiden Jahre wurde zur Bestimmung des durchschnittlichen Haushaltseinkommens aller Haushalte – als Bezugspunkt der Schwellenwerte von „Armut" und „Reichtum" – aus der *VGR* ein quasi-ausgabefähiges Einkommen zugrunde gelegt, indem von den Bruttoeinkommen die direkten Steuern und alle Sozialversicherungsbeiträge abgezogen wurden; die freiwilligen Beiträge darin können nicht separiert werden. Für 1993 wurde für die Einkommensschichtung mangels Alternativen in der *EVS* das Nettoeinkommen entsprechend der Selbsteinstufung der Befragten im Januar 1993 zugrunde gelegt. Um die damit gegebene tendenzielle Unterschätzung des Haushaltseinkommens wenigstens teilweise auszugleichen, wurde zur Bestimmung des durchschnittlichen Haushaltseinkommens aus der VGR das unkorrigierte verfügbare Haushaltseinkommen von 1992 – und nicht von 1993 – genutzt. Für alle drei Jahre stammen übrigens die hier verwendeten *VGR*-Daten zu den Haushaltseinkommen aus 1993; sie berücksichtigen also die angekündigte, aber noch nicht veröffentlichte Datenrevision des Statistischen Bundesamtes nicht.

[50]) Dahingestellt bleibt, ob es z. B. durch Umrechnung der Einkommensverteilung in sogenannte *Äquivalenzziffern* zur Berücksichtigung der jeweiligen Größe und Struktur der Haushalte verbesserungsfähig wäre, insbesondere bezüglich der Erwerbstätigen-Haushalte, die schließlich auch die Entwicklung bei den Nichterwerbstätigen-Haushalten vorprägen. Solange die in der Verteilungsforschung gegenwärtig gebräuchlichen Äquivalenzziffern nur auf die Personenzahl im Haushalt und deren Altersstruktur abstellen, ist eine Verbesserung nicht eindeutig. Denn die Personenzahlen in den Erwerbstätigen-Haushalten sind inzwischen fast identisch, von den Haushalten der Landwirte und der Angestellten abgesehen. Und ein anderes wichtiges Strukturmerkmal, die Häufigkeit von Erwerbstätigkeit innerhalb der Haushalte, bleibt unbeachtet, obwohl z. B. Fahrtkosten zur Arbeit und andere von Erwerbsarbeit ausgehende materielle Belastungen oder auch die arbeitsabhängigen familieninternen Zeitbudgets und anderes mehr in diesem Zusammenhang die Einkommensverteilung ebenfalls stark beeinflussen.

[51]) Vgl. Fußnote 44.

Aber die sehr heterogene Gruppe der sonstigen Nichterwerbstätigen enthält auch Haushalte, die z. B. überwiegend von Vermögen bzw. Vermögenseinkommen leben, was den (minimalen) Anteil von Reichen in dieser Gruppe mit erklärt. Verwunderlich ist schon eher, daß auch unter den Erwerbstätigen-Haushalten der Anteil der Armen relativ hoch ist, übrigens auch bei den Selbständigen und dort ebenfalls entsprechend dem allgemeinen Armutstrend zugenommen hat (wenn auch auf einer empirischen unsicheren Datenbasis). Und überproportional stark ist der Anstieg der Armut bei den Haushalten von Arbeitern und Angestellten, die sich innerhalb eines Jahrzehnts mehr als verdoppelt, ja fast verdreifacht hat.

Es gibt also angesichts dieser Daten gute Gründe, von einer zunehmenden – am Einkommen gemessenen – *sozialen Polarisierung* in Deutschland zu sprechen. Und es gibt wenig Anlaß, die in der Tabelle ausgewiesene Polarisierung im wesentlichen auf die methodische Anlage der Berechnungen zurückzuführen. Zwar spielt die Wahl eines „richtigen" Durchschnittseinkommens aller privaten Haushalte – einschließlich der in der *EVS* nicht erfaßbaren Einkommensspitze – als Bezugspunkt von Armuts- und Reichtumsschwelle eine wichtige Rolle für die Ergebnisse. Aber selbst die Entscheidung für einen Einkommensdurchschnitt nur auf der Basis der *EVS*-Haushaltseinkommen – also unter Vernachlässigung der oberen Einkommensspitze und des von ihr maßgeblich beeinflußbaren Durchschnittseinkommens aller Haushalte – zeigt ein nur wenig geringeres Ausmaß an sozialer Polarisierung[52]).

Diese Darstellung der Einkommensungleichheit könnte im Prinzip ergänzt werden um die Darstellung der Ungleichheit bei den Vermögensbeständen derselben privaten Haushalte; die in einigen Jahren vorliegenden *EVS*-Ergebnisse über die Vermögensverteilung 1993 werden das auch für denselben Zeitraum von 1983 bis 1993 möglich machen. Hier wird (wie im vorjährigen Verteilungsbericht) mit zwei weiteren *Tabellen 14 und 15* lediglich die Verbindung hergestellt zwischen Einkommensverteilung einerseits und Vermögensverteilung andererseits, indem die aus den Vermögensbeständen jährlich erzielten *Vermögenseinkommen* – für Westdeutschland auch in Relation zum verfügbaren Haushaltseinkommen – dargestellt werden[53]). Wenn auch dazu erneut nur Durchschnittswerte angegeben werden können, so ist doch klar – z. B. aus früheren EVS-Ergebnissen –, daß die Streuung der Vermögenseinkommen weitaus größer ist als die Streuung der Haushaltseinkommen, so daß auf eine wiederum noch größere Streuung der dahinterstehenden Vermögensbestände geschlossen werden kann. Ein solcher Schluß liegt übrigens schon dann nahe, wenn man lediglich zwei Fakten der *EVS* 1983 und 1988 gegenüberstellt: Besaßen 1983 50 vH aller privaten Haushalte nur *gut* 2 vH des gesamten privaten Geldvermögens, weil sie entweder überhaupt kein Vermögen besaßen oder sogar verschuldet waren, so besaß diese Hälfte der privaten Haushalte 1988 nur noch knapp 2 vH des gesamten Geldvermögens.

Es bedurfte allerdings nicht erst solcher Zahlen, um ein weitverbreitetes und aus vielen unterschiedlichen Indizien gespeistes Unbehagen an einer zunehmenden Verteilungsungleichheit zu verstärken und immer mehr daraus die Sorge um eine bald nicht mehr ausreichende soziale, moralische oder auch politische Akzeptanz dieser Ungleichheit zu entwickeln. Allein die verfügbaren Informationen über die Armutsentwicklung der letzten Jahre haben ausgereicht, in den vergangenen Monaten eine Vielzahl von teils dramatischen öffentlichen Appellen zur Herstellung von mehr Verteilungsgerechtigkeit zu erzeugen[54]). Doch obwohl Informationen und auch Sensibilität in der Öffentlichkeit über Verteilungsungleichheit und vor allem Armutsprobleme zunehmen, so lassen sich die Politik und an-

[52]) Eine solche Kontrollrechung ergibt ein Ausmaß an Armut bei allen privaten Haushalten von 21,8 vH 1983 und 22,3 vH 1988; die Konzentration des Einkommens-Reichtums bei 6,5 vH (1983) bzw. 7,2 vH (1988) aller Haushalte fällt dagegen spürbar schwächer aus. Für die EVS 1993 ist zur Zeit wegen der erwähnten Selbsteinschätzung der befragten Haushalte in vom Fragebogen vorgegebene Einkommensgrößenklassen noch kein Einkommensdurchschnitt berechenbar und deswegen keine entsprechende Kontrollrechnung möglich. Im übrigen wird eine langfristig zunehmende Einkommensdisparität, zumindest die zwischen den verschiedenen sozialen Haushaltsgruppen, auch von weiteren Arbeiten auf anderer Daten- und methodischer Basis bestätigt; – vgl. z. B. *Schmid, F.*, Einkommensdisparität der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1988 – Einige Ergebnisse der Auswertung von Daten des DIW, in: DIW-Vierteljhresheft 3–4/1992, S. 138 ff.

[53]) Die Grunddaten über die Vermögenseinkommen wurden dem WSI freundlicherweise vom *Deutschen Institut für Wohlfahrtsforschung (DIW)* in Berlin zur Verfügung gestellt.

[54]) Vgl. z. B. das *„Memorandum zur Bewahrung des Sozialstaates"*, Eine gemeinsame Erklärung von Arbeiterwohlfahrt, Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfe-Initiativen e.V., Bundesarbeitsgemeinschaft soziale Brennpunkte, Deutschem Gewerkschaftsbund, Deutschem Mieterbund, Gewerkschaften Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Industriegewerkschaft Metall im November 1993; den „Bonner Aufruf für eine neue Sozialpolitik: gegen gesellschaftliche Spaltung und soziale Demontage – für eine gerechte Finanzierung der deutschen Einheit und die solidarische Weiterentwicklung des Sozialstaates", eine gemeinsame Initiative von Vertreterinnen und Vertretern aus Gewerkschaften, Politik, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Wissenschaft vom Frühjahr 1994; die öffentliche Erklärung „Solidarität am Standort Deutschland" von 120 Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaftlern vom Mai 1994; den Aufruf „Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit" von Politikern aus allen Parteien, Wissenschaftlern und Gewerkschaftern, Schriftstellern und Künstlern vom Mai 1994; die Initiative „Neuer Lastenausgleich – eine Initiative für die Zukunft" aus dem überwiegend grün-ökologischen Spektrum; die Forderung der Evangelischen Kirche von Westfalen „Mehr Gerechtigkeit wagen" vom September 1994; den Entwurf einer Arbeitsgruppe von Deutscher Bischofskonferenz und Evangelischer Kirche in Deutschland „Gemeinsames Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland", veröffentlicht im September 1994; die „bundesweite Aktion gegen Wohnungsnot, Obdachlosigkeit und soziale Ausgrenzung" von Arbeiterwohlfahrt, Deutscher Caritasverband, Bundesarbeitsgemeinschaft soziale Brennpunkte, Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfe-Initiativen, Deutscher Mieterbund, Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Bundesbetroffenen-Initiative, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonisches Werk der EKD.

Tabelle 14

Vermögenseinkommen von sozialen Haushalten[1])
nominale Monatsdurchschnitte in DM und vH[2])

– alte Bundesländer –

Jahr	Alle Haushalte		Selbständenhaushalte Landwirte		Selbständenhaushalte Sonstige		Arbeitnehmerhaushalte Beamte		Arbeitnehmerhaushalte Angestellte		Arbeitnehmerhaushalte Arbeiter		Nichterwerbstätigenhaushalte Arbeitslose		Nichterwerbstätigenhaushalte Sozialhilfe-Empfänger		Nichterwerbstätigenhaushalte Renter		Nichterwerbstätigenhaushalte Pensionäre		Nichterwerbstätigenhaushalte Sonstige Haushalte[3])	
	DM	vH	DM	vH	DM	vH	DM	vH	DM	vH	DM	vH	DM	vH	DM	vH	DM	vH	DM	vH	DM	vH
1972	99	5,3	122	4,3	294	6,0	99	4,2	105	5,1	61	3,7	34	2,8	9	1,1	80	6,8	96	5,7	217	–
1980	234	7,5	329	7,8	704	9,7	219	5,7	235	6,6	143	4,8	65	3,5	17	1,3	198	9,1	241	7,8	538	–
1981	279	8,5	399	–	842	–	258	–	276	–	168	–	75	–	17	–	240	–	293	–	645	–
1982	309	9,2	447	–	923	–	284	–	301	–	188	–	85	–	18	–	270	–	330	–	733	–
1983	290	8,5	427	–	884	–	267	–	282	–	176	–	79	–	16	–	250	–	310	–	695	–
1984	316	8,9	466	–	987	–	288	–	307	–	189	–	85	–	20	–	268	–	334	–	808	–
1985	333	9,2	493	11,4	1 041	10,5	303	6,5	323	8,0	199	6,0	88	4,6	20	1,3	283	11,1	351	9,9	875	–
1986	335	9,0	499	–	1 067	–	303	–	327	–	201	–	88	–	19	–	283	–	350	–	799	–
1987	330	8,6	494	–	1 060	–	296	–	323	–	197	–	84	–	17	–	279	–	341	–	839	–
1988	346	8,7	519	–	1 127	–	311	–	336	–	202	–	87	–	18	–	292	–	358	–	874	–
1989	390	9,5	582	10,6	1 266	11,1	349	6,7	376	8,2	223	6,0	94	4,3	18	1,0	327	11,0	406	10,1	1 015	–
1990	428	9,6	643	12,1	1 389	10,9	378	6,8	407	8,3	242	6,0	100	4,2	19	1,0	357	11,5	445	10,5	1 120	–
1991	463	9,9	700	13,1	1 500	10,5	403	6,9	435	8,6	259	6,2	105	4,2	–[4])	–	385	11,7	480	10,8	837[4])	–
1992	512	10,7	780	14,9	1 663	12,3	442	7,2	477	9,0	284	6,6	114	4,4	–[4])	–	425	12,4	531	11,3	933[4])	–
1993	521	–	798	–	1 692	–	445	–	480	–	287	–	114	–	–[4])	–	431	–	450	–	953[4])	–

1) Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck und ohne Anstaltsbevölkerung. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. – 2) Anteil des Vermögenseinkommens am gesamten verfügbaren Einkommen der jeweiligen Haushaltsgruppe in der Abgrenzung der VGR des Statistischen Bundesamtes (ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit), Stand 1993. – 3) Haushalte von Nichterwerbstätigen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Vermögenseinkommen, Sozialhilfe, Stipendien, Übertragungen von Angehörigen oder aus sonstigen Quellen. Ab 1991 einschließlich Sozialhilfehaushalte. – 4) Ab 1991 sind die Sozialhilfehaushalte mit den Haushalten sonstiger Nichterwerbstätiger zusammengefaßt, was die staatistische Absenkung des Vermögenseinkommens-Niveau dieser heterogenen Haushaltsgruppe bewirkt.

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken. – Statisches Bundesamt (VGR). – Berechnungen des WSI.

dere Bereiche davon bis heute wenig beeindrucken. Teilweise wird Armut immer noch bestritten oder beschönigt.

6. . . . aber notwendig für die ökonomische Effizienz?

Doch neben dem Leugnen und Schönfärben von Ungleichverteilung gibt es offenbar noch ein weiteres Argument, das die bis heute fehlende Resonanz der Forderungen nach mehr Gleichheit in der Politik bzw. die Zaghaftigkeit vieler Passagen in den parteipolitischen Programmen mit verteilungspolitischer Relevanz erklärt. Dieses Argument lautet, teils versteckt, teils verschämt, teils offen und ungeniert formuliert: Ungleichheit ist nötig für ökonomische Effizienz. Und da Ungleichheit vorhanden ist, aber Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit angeblich – auch mit der Folge von Arbeitslosigkeit – fehlen, lautet die aktuelle Version dieses Arguments, daß *noch mehr* Ungleichheit nötig ist, um Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit sowie in deren Gefolge Beschäftigung auf ein ausreichendes Niveau zu bringen. Und solange die ökonomischen Probleme bzw. die behaupteten Defizite bestehen, wird ihre Existenz als „Beweis" für die noch nicht ausreichende Ungleichheit genutzt. In diesem Argumentationsmuster ist also auch schon eine Immunisierungsstrategie gegen Kritik angelegt. Vor allem aber bezieht sich das Muster zur Rechtfertigung auf behauptete positive ausländische Erfahrungen, insbesondere das Beispiel der *USA*, wo weitverbreitete niedrige Löhne und niedrige Lohnkosten nicht nur einen millionenfachen Zuwachs von Arbeitsplätzen in den letzten Jahren erzeugt hätten, sondern auch das Fundament der amerikanischen Wettbewerbsfähigkeit liefern würden. Tatsächlich kann die Einkommensverteilung in den *USA* als etwa doppelt so ungleich wie die deutsche bezeichnet werden[55]). Ist also „Mut . . . zu mehr amerikanischen Verhältnissen" nötig? – so lautet jedenfalls die schon hier eingangs zitierte bejahende Forderung der Arbeitgeberseite.

Angesichts dieses vermeintlichen Vorbildes scheinen die durchaus vorhandenen nationalen Erfahrungen mit den Rezepten von „mehr Ungleichheit", „mehr Steuerentlastung von Unternehmen und Leistungsträgern", „mehr Lohnkostenentlastung", „mehr Lohnflexibilität" usw. zu verblassen (oder in die erwähnte Immunisierungs-Falle des „es reicht noch nicht" zu laufen). Trotzdem sind diese Erfahrungen bemerkenswert: Die zahlreichen Steuerentlastungsmaßnahmen der Bundesregierung seit 1982 haben nicht zu einer entsprechenden „Dankbarkeit" der Begünstigten in Form einer spürbar höheren Investitionsneigung geführt[56]). Und – wie schon oben in Abschnitt 3. erwähnt –: In der Bundesrepublik hat in den 80er Jahren „Die von vielen geforderte (Lohn)Flexibilisierung . . . bereits faktisch

[55]) So *Schwarze, J.*, a.a.O., S. 722, Tabelle 3.

[56]) „In den 80er Jahren hat die Finanzpolitik . . . die Einkommen über die marktmäßige Entwicklung hinaus zugunsten der Unternehmen bzw. der Gewinneinkommensbezieher umverteilt. Dies wurde begründet mit der Notwendigkeit, angebotsseitig die Bedingungen für Investitionen in Westdeutschland zu verbessern. Dafür, daß dies erfolgreich war, gibt es keine Belege"; *Zwiener, R.*, Verteilungsprobleme in Westdeutschland, in: DIW-Wochenbericht 37/1993, S. 501 ff., hier S. 507.

Tabelle 15

Vermögenseinkommen von sozialen Haushaltsgruppen[1])
nominale Monatsdurchschnitte in DM und vH[2])

– neue Bundesländer –

Jahr	Alle Haushalte		Selbständenhaushalte Landwirte		Selbständenhaushalte Sonstige		Arbeitnehmerhaushalte Beamte		Arbeitnehmerhaushalte Angestellte		Arbeitnehmerhaushalte Arbeiter		Nichterwerbstätigenhaushalte Arbeitslose		Nichterwerbstätigenhaushalte Sozialhilfe-Empfänger		Nichterwerbstätigenhaushalte Renter		Nichterwerbstätigenhaushalte Pensionäre		Nichterwerbstätigenhaushalte Sonstige Haushalte[3])	
	DM	vH	DM	vH	DM	vH	DM	vH	DM	vH	DM	vH	DM	vH	DM	vH	DM	vH	DM	vH	DM	vH
1989[5])	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1990[5])	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1991	66	–	83	–	137	–	69	–	76	–	63	–	23	–	–[4])	–	62	–	–	–	44[4])	–
1992	101	–	167	–	215	–	110	–	116	–	96	–	36	–	–[4])	–	95	–	–	–	62[4])	–
1993	117	–	167	–	248	–	129	–	133	–	110	–	40	–	–[4])	–	110	–	–	–	76[4])	–

1) Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck und ohne Anstaltsbevölkerung. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. – 2) Anteil des Vermögenseinkommens am gesamten verfügbaren Einkommen der jeweiligen Haushaltsgruppe in der Abgrenzung der VGR des Statistischen Bundesamtes. Angaben über letztere Einkommen liegen jedoch für die neuen Bundesländer in der amtlichen Statistik noch nicht vor. – 3) Haushalte von Nichterwerbstätigen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Vermögenseinkommen, Sozialhilfe, Stipendien, Übertragungen von Angehörigen oder aus sonstigen Quellen. – 4) Die Sozialhilfehaushalte und deren Einkommen können noch nicht hinreichend empirisch erfaßt werde; sie sind hier mit den „sonstigen Haushalten" zusammengefaßt (s. Fußnote 3). – 5) Für 1990 und davor liegen keine Angaben über die Vemögenseinkommen in den neuen Bundesländern bzw. der DDR vor.

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken. – Berechnungen des WSI.

stattgefunden" und sich dabei auf die amerikanischen Verhältnisse „zubewegt"[57]) – ohne ein dem amerikanischen vergleichbares „Beschäftigungswunder" ausgelöst zu haben. Oder: Die für die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt von der *Bundesanstalt für Arbeit* bereitgestellten Lohnkostenzuschüsse werden seitens der Betriebe bei weitem nicht ausgeschöpft. Schließlich: Die von der Bundesregierung in Aussicht gestellten „jährlich 100 000 zusätzlichen" sozialversicherungspflichtigen Stellen in privaten Haushalten durch das steuerliche „Dienstmädchenprivileg" als einer Form der Lohnkostensenkung sind bis heute nicht eingetreten. Das *Bundesfinanzministerium* meldet seit der Einführung von Anfang 1990 bis Ende 1992 einen Zuwachs der nachweisbaren Stellen mit haushaltswirtschaftlicher Tätigkeit um 7 327 auf 179 171 – und relativiert noch zusätzlich, daß aus der Statistik nicht erkennbar sei, wieviele dieser Hilfen in Privathaushalten arbeiteten, in welchem Umfang für sie der neu geschaffene Sonderausgabenabzug von jährlich 12 000 DM nach § 10 e EStG beansprucht werde und inwieweit die Arbeitsverhältnisse wirklich neu geschaffen oder nur illegale in ordnungsgemäße Beschäftigungen umgewandelt worden seien[58]). Doch aus demselben *BMF* wird diese Bilanz kommentiert mit der Bemerkung, daß der Erfolg eben nur durch bessere steuerliche Konditionen eintreten werde[59]) – für diejenigen, die sich ein Dienstmädchen generell leisten können. Es stört solche Positionen offenbar nicht, wenn gleichzeitig bekannt wird, daß in Dänemark auch eine viel größere Lohnsubvention für Angestellte in Privathaushalten seit Anfang 1994 bisher keine neuen Arbeitsplätze gezeitigt hat – aber Mitnahmeeffekte bei bestehenden Serviceunternehmen; doch auch in Dänemark hängt die Regierung dem Erklärungsmuster „noch nicht genug" an und erhöht jetzt die ohnehin beachtliche Subvention von 17 DM auf 22 DM pro Arbeitsstunde[60]). Es ist nicht verwunderlich, daß explizit oder implizit dem „noch nicht genug" auch bei „Steuerentlastungen" für Unternehmen und Besserverdienende, bei „Lohndifferenzierung", bei „Lohnkostenentlastung" usw. das Wort geredet wird[61]).

Um so wichtiger scheint angesichts solcher Immunisierungs-Tendenzen die Auseinandersetzung mit den vermeintlichen ausländischen Vorbildern, an denen sich das Argument vom „noch mehr" orientiert. Und hier kann inzwischen festgehalten werden, daß diese Vorbilder in ihrer Wirklichkeit einseitig wahrgenommen werden, daß aber auch die dort behaupteten Wirkungsmechanismen nur bedingt zutreffen. Das gilt insbesondere für die *USA*, wo auch entscheidende und teils erheblich unterschiedliche Rahmenbedingungen übersehen oder verdrängt werden:[62]) Trotz des US-

[57]) *Möller, B.*, a.a.O., S. 362.

[58]) *Handelsblatt*, Dienstmädchenprivileg: Kaum neue Arbeitsplätze, vom 13. 1. 1994.

[59]) *Wirtschaftswoche*, Haushaltshilfen – große Defizite, 35/26. 8. 1994; dort wird mit einer gleichgerichteten Argumentation auch Prof. Horst Albach aus dem Sachverständigenrat zitiert, der dadurch gar ein Potential von einer Million entsprechender Stellen für erschließbar hält.

[60]) *Frankfurter Rundschau*, Putzfrau mit Staatszuschuß ist bislang ein Fiasko – Dänischer Heimservice löst Arbeitslosenproblem nicht, vom 21. 6. 1994.

[61]) Vgl. zuletzt z. B. die Veröffentlichungen aus dem Bundeskanzleramt und von Arbeitgeberseite zur „Lohndifferenzierung", zum „Lohnabstandsgebot" und zur angeblich fehlenden Frauendiskriminierung bei: *Lübbering, M.*, Standortpolitik für mehr Beschäftigung, in: Wirtschaftsdienst 6/1994, S. 298 ff.; *Barthel, A.*, Sozialhilfe behindert Lohndifferenzierung, in: Arbeitgeber 17/1994, S. 573 ff.; *Sowka, H.-H.*, Einkommensunterschiede sind keine Diskriminierung, ebenda, S. 566 ff.

[62]) Dies gilt auch über den Komplex Beschäftigungentwicklung und Einkommensverteilung hinaus. Wer von den „Verehrern" des US-Vorbilds wollte beispielsweise die Struktur der US-Staatseinnahmen gern übernehmen, deren Aufkommen tendenziell gerechter als in Deutschland organisiert ist; denn in den USA wurden 1990 43,2 vH der Einnahmen in Form von direkten Steuern auf Einkommen erhoben (in Westdeutschland 32,1 vH), 10,8 vH durch Steuern auf Vermögen und Vermögensverkehr (hier 3,3 vH), 16,5 vH durch Umsatz- und Verbrauchsteuern u. ä. (hier 27,8 vH) und schließlich 29,5 vH durch Sozialversicherungsbeiträge (hier 36,8 vH); vgl. zu den Angaben Bundesministerium für Finanzen, Finanzbericht 1994, Bonn 1993, S. 335.

„Beschäftigungswunders", d. h. der Zunahme der US-Arbeitsplätze um viele Millionen in den 80er Jahren, ist bei Zugrundelegung eines *einheitlichen* Meßkonzepts nach US-Normen die registrierte Arbeitslosigkeit in den USA höher als in *West*deutschland (im dritten Quartal 1993 mit 6,7 vH im Vergleich zu 6,1 vH hier)[63]). Und das „Beschäftigungswunder" selbst ist zum Teil schon dadurch erklärt, daß die US-Bevölkerung im Gegensatz zur westeuropäischen seit Jahrzehnten stark wächst und eine entsprechende Produktionsnachfrage erzeugt. Aber ob das US-„Beschäftigungswunder" ansonsten durch große Lohnflexibilität erklärt werden kann, ist – auch gerade aus Sicht von US-Autoren in international vergleichenden Studien – fraglich. Insbesondere die Effekte niedriger Löhne sind unsicher: einerseits können sie scheinbar in „strukturschwachen" Branchen Arbeitsplätze erhalten helfen, andererseits tragen sie zur Konservierung solcher Branchen bei und hemmen damit gesamtwirtschaftliche Wachstums-, Allokations- und Mobilitätsvorteile. Weniger unsicher scheint dagegen die Wirkung großer Lohnflexibilität „nach oben"; sie kann offenbar die Beschäftigungsexpansion gerade in Wachstumsbranchen behindern[64]).

Und vor allem beim Zusammenhang zwischen Lohnflexibilität bzw. Niedriglöhnen und Produktivitätsentwicklung werden US-Amerikaner immer selbstkritischer, weil sie ihr „Beschäftigungswunder" durch ein „Produktivitätsdesaster" erkauft sehen, das aus ihrer Sicht mit dem „Produktivitätswunder" gerade in Deutschland zu konfrontieren ist[65]). Entsprechend lauter werden US-Stimmen, die die in den *USA* verbreitete Armut außerhalb und innerhalb der Arbeitswelt, insbesondere die niedrigen Löhne, verantwortlich machen für eine zunehmend nachlassende Bereitschaft der Arbeitnehmer wie der Betriebe zu Qualifikation und Ausbildung, was über kurz oder lang die Wettbewerbsfähigkeit der *USA* bedrohe, zumal das US-Niveau an Qualifikation und Produktivität ohnehin schon als international niedrig anzusehen sei[66]).

Aber man kann auch direkter und genauso plausibel angesichts weiterer ausländischer Erfahrung argumentieren: Eine breite Armut – ganz gleich ob eine passiv hingenommene aufgrund entstandener Arbeitslosigkeit oder eine aktiv geförderte aufgrund von Einschnitten in öffentliche Leistungen oder „Regulierungssysteme" – kann die Massenkaufkraft und die Binnennachfrage einschließlich der Nachfrage nach komplementären Investitionen destabilisieren, ohne daß dies vom Reichtum bzw. den Reichen und ihrer Kaufkraft in Volumen und Stabilität kompensiert werden könnte. Starke Indizien für eine solche Destabilisierung liefern z. B. *England* und das dort inzwischen erreichte „historische" Ausmaß an Armut außerhalb wie innerhalb von Arbeit seit 1979[67]).

Aber gerade die Armut destabilisiert auch die Handlungsfähigkeit des Staates, weil steigende Armut zunehmende armutsabhängige Transfers bedeutet, ohne daß Leistungseinschnitte dies auf Dauer kompensieren können. Wird Armut zusätzlich – statt in Form von Beschäftigungspolitik – durch Steuerentlastungen zugunsten von Unternehmen und „Leistungsträgern" vermeintlich „bekämpft", so wird der staatliche Handlungspielraum erst recht destabilisiert, weil die Einnahmeausfälle eben nicht durch ausreichende entlastungsinduzierte Mehrinvestitionen und nicht durch höheres Wirtschaftswachstum, begleitet von komplementären Mehreinnahmen, „belohnt" werden. Solche Wirkungszusammenhänge lassen sich wiederum besonders in *England* und neuerdings auch in *Schweden* beobachten, wo die gerade abgewählte konservative Regierung trotz eines massiven Abbaus von Sozialleistungen und Arbeitsmarktförderungen bei gleichzeitigen Steuerentlastungen eine enorme Zunahme der Arbeitslosigkeit und einen noch größeren Anstieg der Staatsverschuldung hinnehmen mußte. Das *DIW* faßt den stattgefundenen „Steuersenkungs-Wettbewerb" der letzten Jahre in vielen Industrieländern denn auch so zusammen: „Die internationalen Erfahrungen mit der angebotsorientierten Steuerpolitik zeigen . . ., daß sich ein spürbarer Effekt im Sinne der ‚Laffer Curve' nicht eingestellt hat: daß also durch niedrigere Steuersätze die Wachstumskräfte nicht gestärkt worden sind und die Steuervermeidung nicht zurückgegangen ist, eine günstige Einnahmenentwicklung (des Staates) trotz des niedrigeren Besteuerungsniveaus ausgeblieben ist"[68]).

Die weiteren Folgen von allgemein unbefriedigender Binnenmarktentwicklung und insbesondere armutsbedingter Destabilisierung der staatlichen Handlungsspielräume sind mindestens eine wachsende, den Intentionen von Sozialabbau und Steuerentlastung widersprechende Staatsverschuldung und damit verbundene, weiteren Handlungsspielraum verzehrende Zinslasten. Die Folgen sind aber auch gleichzeitige – und mit dem wachsenden Verlangen nach Konsolidierung bzw. Eindämmung der Staatsverschuldung verstärkte – relative und absolute Ausgabekürzungen des Staates, die zur Vernachlässigung von öffentlicher Infrastruktur, von Forschung, von Bildung usw. führen und damit wiederum zur Gefährung von elementaren Grundlagen für das Wachstum und die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Es kommt nicht von ungefähr, wenn selbst die gegenwärtige konservative Regierung in *England* trotz 15 Jahren vorangegangener Thatcheristischer Politik, also insbesondere trotz der auf ein Rekordniveau gestiegenen Armut außerhalb wie innerhalb der Erwerbstätigkeit, den *Rückstand* der britischen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Hauptkonkurrenten auf 25 vH beziffert und die britische Wirtschaft im Vergleich mit 22 anderen Staaten *nur* auf Platz 18 einstuft[69]). Die zuletzt gemeldeten hohen Wachstumsraten der britischen Wirtschaft können an diesem Negativbild nicht viel ändern, weil sie auf ein vergleichsweise niedriges Niveau bezogen werden müssen.

Das Fazit dieser Erfahrungen[70]) lautet: Die Strategie von mehr Ungleichheit ist letztlich eine Pyrrhus-Strategie, die allen schadet[71]). Der sogenannte Werteverlust, den inzwischen auch die Konservativen beklagen[72]), ist schon ein Vorbote für diesen Pyrrhus-Sieg und zugleich Teil der Ernte, die die Konservativen durch mehr Ungleichheit, Deregulierung usw. selbst gesät haben. Insofern kann auch das Herbei-Beschwören von scheinbar verlorenen Werten, insbesondere „Gemeinsinn", durch bloße Appelle nicht funktionieren, wenn gleichzeitig institutionalisierte „Gemeinschaftspolitik" eben nicht nur fehlt, sondern faktisch sogar das Gegenteil betrieben wird. Auf der vielleicht zunehmenden Einsicht in solche Zusammenhänge könnte aber auch die Bereitschaft zu einer Politik im Umkehrschluß wachsen: Mehr Gleichheit und insbesondere die Bekämpfung von Armut genügt nicht nur sozialen, moralischen und politischen Kriterien, sondern stärkt auch die ökonomische, gesamtwirtschaftliche und gesamtstaatliche Effizienz. Es gibt keinen fundamentalen Widerspruch bzw. keinen *trade off* zwischen mehr Gerechtigkeit und mehr Effizienz. Nicht nur der „soziale Friede" als Ausfluß von mehr Verteilungsgerechtigkeit ist ein wichtiger Standortfaktor. Auch die von mehr Verteilungsgleichheit ausgehende Stabilisierung von Nachfrage und staatlichem Handlungsspielraum sind mindestens ebenso wichtige Standortfaktoren, deren Bedeutung weit über das Argument von der Stärkung der Massenkaufkraft hinausgeht. Die bestehenden „Gerechtigkeitslücken" können als Umverteilungspotentiale in diesem Sinn genutzt werden. Wenn es gleichzeitig noch mit einer besseren staatlichen Beschäftigungs-, Industrie- und Strukturpolitik gelingt, die jetzigen enormen Kosten für die Unterhaltung von Arbeitslosigkeit schlichtweg umzuwidmen in die Finanzierung echter neuer Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt sowie qualitativ besser, innovativer wie ökologischer Produkte im öffentlichen wie privaten Bereich, dann braucht man sich weder um die soziale noch die ökonomische Zukunft zu sorgen.

63) Vgl. *Schettkat, R.*, 2 Millionen Jobs in einem Jahr! – Die beschäftigungspolitische Bedeutung des tertiären Sektors in den USA im Vergleich zur Bundesrepublik, in: WSI-Mitteilungen 6/1994, S. 363 ff., hier S. 363.

64) Vgl. *ebenda*, S. 370 sowie auch *Müller, B.*, a.a.O., S. 362 sowie die bei beiden Autoren erwähnten US-Studien.

65) Vgl. auch *Schettkat, R.*, a.a.O., S. 363.

66) Vgl. z. B. *Baron, S.*, Vorbild Deutschland?, in: Wirtschaftswoche 34/1994, S. 3.

67) Die stark geschrumpfte Verarbeitende Industrie trägt nur noch 20 vH zum britischen Bruttoinlandsprodukt bei. Die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze, weit überwiegend von Männern, ist um mehr als 2 Millionen gefallen, während die der Teilzeit- und der befristeten Arbeitsplätze, weit überwiegend von Frauen besetzt und verhältnismäßig schlecht bezahlt, im ähnlichen Ausmaß gestiegen ist. Die Zahl der Familien mit mindestens einem Vollzeitbeschäftigten ist erheblich gesunken; in einer beachtlichen Zahl von Familien wird das Erwerbseinkommen nur noch aus einem einzigen Teilzeitjob gespeist. Die Kluft zwischen Spitzenverdienern und Niedriglöhnen ist so tief wie seit hundert Jahren nicht mehr. Die Arbeitslosigkeit hat sich seit 1979 fast verdreifacht; die Zahl der von staatlicher Wohlfahrt (Sozialhilfe und ähnlichen Einkommenszuschüssen) Abhängigen hat sich seit 1979 mehr als verdoppelt und betrug 1992 nach einer Schätzung des englischen Sozialministeriums fast 10 Mill. Personen. Die Zahl derjenigen, deren Einkommen 50 vH des nationalen Durchschnitts unterschreitet, hat sich von 5 auf 11 Mill. Personen erhöht; ein Sechstel der Bevölkerung hat zuletzt sogar absolut weniger Einkommen als zu Beginn der 80er Jahre. Immaterielle Folgen dieser Verhältnisse sind z. B. u. a. Auflösungserscheinungen des Familienzusammenhangs. Zu den Angaben vgl. die Studie von *Institute for Fiscal Studies und University of Swansea*, zitiert nach *Financial Times und The Guardian*, jeweils vom 3. 6. 1994; vgl. auch *Kratz, W.*, Großbritannien – Fünfzehn Jahre konservativer Herrschaft haben die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert, in: Die Zeit 25/1994, S. 38; *Süddeutsche Zeitung*, Nation von Gelegenheitsarbeitern, vom 24./25. 7. 1993; Frankfurter Rundschau, Riesige Unterklasse entsteht auf der Insel, vom 10. 3. 1993.

68) *Bach, S.*, Die Besteuerung der Unternehmensgewinne in sieben Industrieländern – Eine Neuberechnung für den Rechtsstand 1994, in: DIW-Wochenbericht 32/1994, S. 561 ff., hier S. 568 f.; ebenda finden sich auch empirische Daten über das Hochschnellen der Staatsverschuldung in *England* und *Schweden* sowie anderer Teilnehmer im Steuersenkungs-Wettbewerb – an dem übrigens die USA entgegen einer weitverbreiteten Meinung nicht teilgenommen haben.

69) *Handelsblatt*, Heseltine legt Weißbuch vor – Britische Regierung verleiht Wettbewerb neue Impulse, vom 25. 5. 1994 sowie dasselbe, Großbritannien – Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie muß gründlich wiederhergestellt werden, vom 30. 5. 1994, mit weiteren Informationen über Defizite in Großbritannien.

70) Zu einer theoretischen Auseinandersetzung mit der ‚Laffer Curve' und ähnlichen Argumentationsmustern vgl. z. B. *Heise, A.*, Lohnzurückhaltung und Beschäftigung – Plädoyer wider den unkritischen Empirismus, erscheint demnächst.

71) Vgl. dazu aus englischer Sicht auf britische Erfahrungen z. B. auch *Hyman, R.*, Sozialdumping wirkt kontraproduktiv, in: Die Mitbestimmung 1/1994, S. 67 ff., insbesondere S. 71.

72) Vgl. zuletzt z. B. *Wirtschaftswoche, Rauhes Klima – In den Industrienationen wächst das Unbehagen über Werteverfall und Egoismus. Braucht der Westen wieder mehr Gemeinsinn?, in: 35/1994, S. 22 ff.*